

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg. Verlag von Hermann Gorbunow, Magdeburg, Neustadt. Druck von Franz Reiche, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eingang Schreiberstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1667.

Bestimmter zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljahr (incl. Frachtposten) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigerband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 M., 2 Exemplare 2.90 M. In der Expedition und den Auslieferungsbüros (Abrechnungsbüros) 1.50 M. Einzelne Nummern (einschl. der Anzeigerbande) 5 Pf., mit der Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7539.

Nr. 41.

Magdeburg, Freitag, den 18. Februar 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Chronik auf das Jahr 1848.

18. Februar.

In Neapel, in Piemont und Toscana waren Verfassungen gegeben worden. Das Bürgertum feierte Freudenfeste. Aber überall traten auch Anzeichen hervor, daß das Proletariat nicht befriedigt war. Vor dem Schloß in Neapel riefen Menschenmassen um Arbeit. — In Florenz war, dem Fortkommen entsprechend, der Hauszins auf acht Monate fällig. Es entstanden Unruhen, und viele Wirte mußten von der Eintreibung des Geldes absehen. — In Neapel machten sich um diese Zeit bei den Arbeitern kommunistische Tendenzen bemerkbar. — Bald darauf, während des Ausbruchs der Pariser Februarrevolution, läßt der Papst dem Fürsten Metternich durch den Nuntius anzeigen, daß er sich entschlossen habe, als Beherrscher des Kirchenstaats, seinem Volke eine Verfassung zu geben. —

Endlich!

Die flottenfreundliche Presse ist hochbeglückt, daß „endlich“ der Zeitpunkt gekommen ist, welcher Ausschluß über das Geschick der Flottenvorlage geben muß. Man will entdeckt haben, daß „im Lande in immer weiteren Kreisen die Ueberzeugung von der Notwendigkeit größerer Aufwendungen für Marinezwecke wächst. So erklärt sich auch, daß der Wunsch, die Flottenvorlage möge angenommen werden, heimlich selbst von den Anhängern der Parteien geteilt wird, die im Reichstage voranschreitend gegen das Gesetz stimmen werden. Sie sind, auch wenn sie es öffentlich nicht eingestehen wollen, überzeugt, daß sie bei einer Neuwahl unter der Parole für oder wider das Flottengesetz keine Seide spinnen werden, und mit dieser Erkenntnis dürften sie nicht unrecht haben.“

Aus welcher Quelle die nationalliberale Presse diese Weisheit geschöpft haben mag. Auch wir haben einen Blick auf die „weiten Kreise“ geworfen, aber von einer Vereitwilligkeit, die Flottenvorlage zu bewilligen, nichts gemerkt — weder in den Städten noch auf dem Lande.

Nun beruft sich auch die nationalliberale Presse auf die dem Reichstage zugegangene Denkschrift, auf deren sehr „lehrreichen Inhalt“ sie hingewiesen haben will. Das ist gleichfalls fauler Zauber. Man hat sich wohl gehütet, diese „Denkschrift“ im einzelnen zu zerlegen und hat sie mit ein paar zustimmenden Bemerkungen abgethan. Wer mit unbefangenerm Auge die „Denkschrift“ prüfte, kam zu dem Resultat, daß hier in tendenziöser, geradezu willkürlicher Weise verfahren worden ist. In einer früheren Nummer haben wir dieses Nachwerk niedriger gehalten. Gegenüber der Behauptung, daß der Kopf der deutschen Bevölkerung weniger belastet ist, als der Kopf der übrigen Militärländer, stellt auch die Frankfurter Zeitung fest, daß die Marineausgaben in Deutschland seit 1873 auf das Vier- einhalbfache, seit 1884/85 um 120 Prozent und im letzten Jahre um 30 Prozent erhöht wurden. In Frankreich und England haben sich die Marineausgaben seit 1873 etwa verdoppelt, seit 1884 in Frankreich um 30 Prozent, in England um fast 100 Prozent vermehrt. Rußland wendet das 2 1/2-fache gegen 1873 und 73,53 Prozent mehr gegen 1884 auf, während die Vereinigten Staaten ihre Ausgaben bis 1896 um 40 Prozent, seit 1884 um 100 Prozent gesteigert haben. Diese Zahlen ergeben, daß Deutschland seine Marineausgaben in weit höherem Maße als irgend ein anderer Staat prozentuell gesteigert hat und schon jetzt zu einem Marineaufwand gekommen ist, der hinter dem der eigentlichen Marineländer nicht so gar weit mehr zurückbleibt.

Die nationalliberale Presse, die diese Thatsachen ihren Lesern verschweigt, hingegen den „lehrreichen Inhalt“ der Denkschrift vertritt, welcher beweisen soll, daß Deutschland gering belastet ist, erweckt damit den Verdacht, daß sie die Belastung der Steuerzahler nun ein gut Teil erhöhen möchte. Bekanntlich soll die Belastung durch die Erhöhung der Getreidezölle erfolgen.

Glaubt die nationalliberale Presse wirklich, daß „immer weitere Kreise“ die allgemeine Schaffschur mit Freuden über sich ergehen lassen werden. Für so naiv haben wir nicht einmal die nationalliberale Presse gehalten. — (Vies den Artikel: Auflösungsgerüchte.)

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, der Kaiser wünsche, daß es ermöglicht werde, schon am 15. März die Landtagsession zu schließen und zwar in der Weise, daß die Schlußsitzung schon im neuen Landtagshause stattfindet. Diese Absicht eines frühzeitigen Schlußes wird nach einer Mitteilung der Freienwilligen Zeitung in Verbindung gebracht

mit dem Plan, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und die Neuwahlen im Frühjahr noch vor den Reichstagswahlen vorzunehmen. —

Die Magdeburgische Zeitung ist ungehalten, daß der Vorwärts auf neue Forderungen für die Artillerie aufmerksam gemacht hat. (Siehe Beilage.) Das Blatt will wissen, daß es sich keineswegs um eine Vermehrung der Artillerie, sondern nur um eine Vermehrung der höheren Stäbe handelt, die keineswegs unerschwingliche Kosten verursachen wird. Wie aberwichtig zunächst muß abgewartet werden, welche Grundzüge diesem Organisationsplan zu Grunde liegen. Das Schweigen des Kriegsministers ist sehr beachtlich. —

Nimmehr wollen die Freikonservativen und Nationalliberalen des preussischen Abgeordnetenhauses auch für eine Erhöhung der Gehälter der Landgendarmen eintreten. Diese Fürsorge vor — den Wahlen. —

-k- Unter allerhand Verkleidungen tagen gegenwärtig die Agrarier in Berlin. Kaum haben die Bushmänner den Vater Floek hochleben und sich von dem Major v. Loe erzählen lassen, daß jeder Sozialdemokrat wöchentlich 10 Pf. an die Parteikasse zahlt, was nebenbei bemerkt jährlich beinahe 9 Millionen Mark ergeben würde, so ist der Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer zusammengetreten. In diesem Verein führt Graf von Mirbach, der Staatsreichempfeher, das große Wort. Er ist mit der Regierung noch immer nicht zufrieden und verlangt von ihr Thaten, nicht Worte. Als erste That fordert er die Verschlechterung unserer Währung und stellt den französischen Ministerpräsidenten Meline als nachahmenswertes Beispiel hin, der ja überhaupt schon seit längerer Zeit von unseren Agrariern als Schutzheiliger verehrt wird. Dann nennt er als kleine Mittel, die von der Regierung sofort eingeleitet werden müssen: die vollständige Sperrung der deutschen Grenzen gegen ausländisches Schlachtvieh, die Beseitigung der Steuerkredite für gemischte Transilager und die wirkliche Durchführung des Börsengesetzes. Graf Potadowsky wird schon dafür sorgen, daß diese Wünsche bald durchgeführt werden. Wozu ist er denn Minister? —

Im Circus Buch erklärte Frhr. v. Wangenheim den aufdringlichen Antisemiten: „Der Bund dürfe es nicht dulden, daß in seine Reihen eine rabaulstige Herde eindringe und unter der Maske der Judenhege sozialdemokratische Politik treibe.“ Wir haben von dieser „sozialdemokratischen Politik“ noch nichts gemerkt. Im Gegenteil: die „rabaulstige Herde“ hat mit den gemeinsten Mitteln gerade die sozialdemokratische Politik bekämpft. Und die Junker haben sich hierüber stets vergnügt. Haben sie doch desto schlimmer ihre ausbeuterischen Pläne verfolgen können. —

Die Frankfurter Zeitung weist auf eine Wandlung des Bundes der Landwirte hin. Wie oft haben die Konservativen der Sozialdemokratie ihre Parteibeamten vorgeworfen. Nun und jetzt? Der Bund hat die Politik längst zum Geschäft gemacht, er zählt nicht weniger als 85 Beamte und 18 Geschäftsführer. So viel werden wenigstens zugegeben. Sind die „Bauerngroßen“ etwa weniger wert als die „Arbeitergroßen“? Oder ist es entehrend — das ist doch der den sozialdemokratischen Parteiangestellten gemachte Vorwurf — von Arbeitergroßen sich zu „mästen“, dagegen aber verdienstlich, die halbe Million Bauerngroßen einzustecken, die im letzten Jahre aufgebraucht wurden, obgleich das Jahr nicht einmal ein Wahljahr war? Wir wollen doch einmal sehen, ob nun die „Mast“ durch die Arbeitergroßen aus den konservativen Organen verschwindet. Wird die Frankfurter Zeitung lange warten können. —

Im sächsischen Landtage traten die Nationalliberalen gegen die Umsatzsteuer ein, weil sie nur die Mindestbemittelten treffe. Außerdem stehe die Umsatzsteuer im Widerspruch mit der Reichsgewerbeordnung. Im Reichstage haben aber die Nationalliberalen geschwiegen, als die Sozialdemokraten die Regierung über das Vorgehen der sächsischen Regierung interpellierten. —

Gestorben ist der frühere Kriegsminister v. Kattenborn-Stachau. —

Nachrichten aus dem Ausland.

Im Jola-Prozess hat der achte Verhandlungstag wichtige Bestimmungen von Sachverständigen gebracht. Hinter einander erklärten mehrere Sachverständige, die zum Teil als Lehrer an französischen höheren Schulen tätig sind, daß die Schriftzüge des viel erwähnten Vordermanns keinesfalls diejenigen von Drehtuß seien, daß vielmehr eine große Ähnlichkeit mit der Schrift Esterhazys vorliege. Vor allem war die Aussage des Prof. Grimmaud bemerkenswert, eines Lehrers an der polytechnischen Schule, der gegen das Verfahren des Kriegesgerichts protestiert hat, und diesen Protest trotz aller vom Kriegsminister versuchten Einschüchterungen und Drohungen mit Abweisung aufrecht erhält. Grimmaud erklärt, er habe den an die Deputiertenkammer gerichteten Protest mitunterzeichnet, weil er gefügt habe, daß es sich um die Achtung des Gesetzes und um die Ehre des Vaterlandes handle. Er habe in beiden Affären so seltsame Wege entdeckt, daß er

sich in seinem Gewissen benachteiligt gefühlt habe; alles in dem Verfahren des Sachverständigen und der sieben Mitglieder des Kriegesgerichts, die sich mit ersterem getäuscht hätten, sei ihm seltsam erschienen. Er behaupte das trotz aller Einschüchterungen, die vom Kriegsminister gegen ihn versucht worden seien. Beleidigungen, Drohungen mit Absetzung, nichts wird mich berühren; wir wollen die Wahrheit und wir werden sie haben, was man auch thun möge, wir werden sie trotz allem haben. Wie alle werden auf dem Wege, den wir eingeschlagen haben, verharren! Aus der Verlesung der Aussage der vom Untersuchungsrichter Brutulus vernommenen Frau von Boulangy, der früheren Geliebten Esterhazys, ging hervor, daß sie die Auslieferung weiterer Briefe von Esterhazys Hand verweigert, um das Material zur Reinigung von dem Verdachte, sie sei die Fälscherin des vielgenannten Klauenbriefes, jederzeit zur Verfügung zu haben. Mit voller Schärfe hob sie hervor, daß der Inhalt jener Briefe nicht nur Esterhazys biographisch, sondern auch in Bezug auf das französische Heer scharfe Bemerkungen enthalte. —

Die angeblichen Urheber der ungarischen Bauernbewegung sind aus Budapest vertrieben. Glaubt man damit die Unzufriedenheit ersticken zu können? —

Ueber die ungarischen Bauernunruhen hat der Minister des Innern Perczel dem Kaiser Franz Josef, der gegenwärtig in Budapest weilt, Bericht erstattet. Der Minister entsandte den Chef des Landespolizeiwesens Selleny als Regierungskommissar in das Szabolcser Komitat. (Vies den nachfolgenden Artikel.) —

Die „Forderungen“ der Bauern.

Nicht im Szabolcser Komitat allein miltet der blutige Kampf der Gendarmen gegen die Feldarbeiter; mit gleich rühmlicher Schneidigkeit wird auch in dem benachbarten Szatmarer Komitat geschossen und gestochen. Eine Anzahl Männer und Frauen sind der Wut der Gendarmen bereits zum Opfer gefallen. Zugleich wird alles gethan, um die Bevölkerung aufs äußerste aufzureizen und womöglich Aufstände und blutige Zusammenstöße herbeizuführen. Alle Versammlungen, die die Arbeiter und Bauern in zahlreichen Orten beider Komitate einberufen haben, werden verboten, ihre Abhaltung gewaltsam verhindert. Aus allen größeren Dörfern werden Massenverhaftungen gemeldet. Dabei arbeiten die Grundbesitzer und Pächter den Behörden natürlich trefflich in die Hände, indem sie, wie zum Beispiel auf dem Gute des Grafen Stefan Tisza, des Sohnes des obersten Führers der liberalen Reichsratsmehrheit Koloman Tisza, die heimischen Arbeiter unter allerlei Vorwänden massenhaft entlassen und durch fremde ersetzen. Alle sind in frohem Verein thätig, die „unverläßliche Notwendigkeit“ für die Verhängung des Standrechts vorzubereiten, wozu gehört, daß die dümmsten Lügengerüchte, dieses alte „geistige“ Kampfmittel des weißen Schreckens, amtlich an das Ministerium gemeldet und durch die Pester Regierungspresse verbreitet werden. Die Bauern, denen man alle Versammlungen verbietet, sollen in der Nacht heimliche Zusammenkünfte abhalten. Aus mehreren Protokollen, die den Gendarmen in die Hände gefallen sind, ersehe man, daß die Bauern Forderungen stellten, wie diese: Aufteilung der Güter, Abschaffung der Gendarmerie und der Geißlichen, Aufhebung der Civilehe usw. Aus dieser Zusammenstellung kann man schon erkennen, daß wenn vielleicht auch nicht die geheimen Zusammenkünfte, doch gewiß die Protokolle darüber reine Ausgebirten der Polizeiphantastie sind. Denn die Szabolcser Bauern mögen noch so naive Leute sein: da sie das, was sie als Forderung aufstellen, sicherlich ernst und vom Herzen wollen, ist es doch ganz unmöglich daß sie zugleich die Abschaffung der Geißlichkeit und der Civilehe verlangen, also eine kirchliche Eheschließung, wo es keine Priester gäbe. Dem Polizeiverstand reimt sich solch er Usiun freilich trefflich zusammen, denn wo der Zweck verfolgt wird, in allen Kreisen zu Gewaltthaten gegen die Arbeiter Stimmung zu machen, kann der Widerspruch nicht viel beitragen, daß man einerseits die kirchlich gestimmten Gemüter mit der Abschaffung der Geißlichkeit ängstigt, andererseits den „liberalen“ Schichten des Bürgertums die Bauern als Feinde der Civilehe, dieser „größten Errungenschaft des ungarischen Liberalismus“, verhaßt zu machen sucht. In solchen Missethaten hat die blutige Reaktion, auf die Gedankenlosigkeit des sieben Publikums frech und glücklich rechnend, stets gearbeitet.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (42. Sitzung.)

G. Der heutige Schwerinstag brachte zunächst die Erledigung des Antrags unserer Genossen auf Schaffung eines wirklich freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts durch das Reich. Die Genossen Geyer, Singer, Stolle und Jubel nahmen zu der Materie, die erst vor wenigen Tagen das Haus beschäftigt hat, noch einmal das Wort. Es war eine kleine Nachlese, die neue Momente nicht zu tage förderte, weshalb wir über die Sitzung kurz hinweggehen. In der Spezialberatung zeigte sich, daß die übrigen Parteien, ganz abgesehen von den

Lebt die Arbeiterpresse!

Hort mit den nationalliberalen oder unparteilichen Blättern. Sie suchen die Aufmerksamkeit der Arbeiter nur durch ihre Surrendererei von den ihnen zunächst liegenden Interessen abzulenken und in der Gleichgültigkeit gegen dieselben zu erhalten, in der leider ein großer Teil der Arbeiter dahinlebt und die hauptsächlich den Gemüthsdruck für die Befreiung der Lage der arbeitenden Klasse bildet. Sie besorgen nur die Geschäfte des Kapitalismus und fallen der Arbeiterklasse mit Verhöhnungen und Verleumdungen in den Rücken, wenn sie sich gegen den Druck des Kapitalismus wehren.

Und doch lesen noch Tausende von Arbeitern, die sozialdemokratisch wählen, den Central-Anzeiger und den General-Anzeiger.

Und warum?
Weil die Frau es will!
Kläret eure Frauen darüber auf, daß die kapitalistischen Blätter die Todfeinde der Arbeiterbewegung, geradezu Gift für die Emanzipationsbestrebungen des geknechteten Volkes sind. Fragt Euch, fragt eure Frauen, wer Euch beisteht, wenn Ihr im Bohnenkampf steht oder wenn Ihr gegen irgend welche Verdrückung anzukämpfen habt.

Ist es der Centralanzeiger, ist es der Generalanzeiger und wie die kapitalistischen Blätter sich sonst nennen mögen?
Nein! Es ist die **Volksstimme**.

Sie kämpft und leidet mit Euch! Von den anderen Blättern werdet Ihr verspottet und verachtet. Wer wird für Euch kämpfen, wenn die Wahlverlächt zum Reichstag herantritt? Der Centralanzeiger oder der Generalanzeiger? Lächerlich! Nur die Volksstimme und die Volksstimme ganz allein wird für den Kandidaten der zielbewußten Arbeiterklasse eintreten. Die kapitalistischen Blätter aber, eure „Freunde“, werden eure erbittertesten Feinde sein.
Macht ein Ende mit diesem schreienden Widerspruch.

Konservativen, für den sozialdemokratischen Antrag nicht zu haben waren. Herr Richter, Herr Lieber und Herr Wassermann machten zwar schöne Phrasen von Liberalismus, Freiheit, Arbeiterrecht, aber alle kamen schließlich zu dem Ende, daß ihnen unser Antrag zu weit gehe.

Nachdem der § 1 des Gesetzentwurfs abgelehnt war, zog Singer den ganzen Antrag wegen der völligen Ausichtslosigkeit der ganzen Sache namens der Partei zurück. Daß der Bundesrat sich fast leer war, daß überhaupt kein Vertreter der Regierung anwesend war, um sich über den Antrag zu äußern, diese Mitteilung wird keinen unserer Leser weiter verwundern.

Der einzige anwesende Regierungsmann, Direktor von Woebke, war nur erschienen, um zu dem ebenfalls zur Beratung stehenden Antrag der Antisemiten auf verschärfte staatliche Kontrolle der Versicherungsgesellschaften das Wort zu ergreifen. Auch dieser Antrag wurde schließlich zurückgezogen, aber aus einem anderen Grunde, weil die Regierung erklärte, daß ein die Wünsche des Antrages mit einbeziehendes Gesetz in Vorbereitung ist. (Morgen Postdampfersubvention, Etat der Eisenbahnverwaltung.)

Aus den Kommissionen.

Budgetkommission.

B. In der Subkommission des Reichstags wurde Mittwoch die Beratung des Militärhaushalts fortgesetzt. Bei der Position „Mundverpflegung 58 974 708 Mark“ befragte Abg. Graf Stolberg die Rärter Verwendung von Zucker. Generalleutnant v. Gemmingen erwidert, daß der Zucker nicht zur etatsmäßigen Verpflegung gehöre, vielmehr nur aus Erfahrungsmäßig beschafft werde. Gefährliche Speisen bekomme der Soldat überhaupt nicht. Auf weitere Anfragen teilt Generalleutnant v. Gemmingen mit, daß zu den Konserven ausschließlich heimisches Fleisch von frisch geschlachteten Tieren verwendet werde. Sämtliches Fleisch direkt vom Produzenten zu beziehen, sei nicht immer möglich. Es richte sich das nach den lokalen Verhältnissen. Wenn das Vieh ausbleibe würde, müßte die ganze Konservenfabrik still stehen. Dem gegenüber müsse man sich, ebenso wie der Privatmann, nach jeder Richtung vorher bedenken. Den einzelnen Truppen sei empfohlen, die Naturalien möglichst direkt vom Produzenten zu beziehen. Was die verarbeitete Nahrung betrifft, so werde in den kalten Monaten eine warme Suppe, Kartoffel und Spring u. dergl. gegeben, im Sommer Butter und Wurst, Käse usw. Die Ausgabe für die Abendkost betrage für Preußen, Sachsen und Württemberg zusammen 8 219 314 Mark. Generalleutnant v. Gemmingen kommt dabei auf die Angabe des Abg. Weiser zurück, daß in Hannover nasses Getreide vermaahlen und verdorrenes Brot hergestellt worden sei. Nach einem telegraphisch eingegangenen Berichte des Postchefs des hiesigen Provinzialamts sei diese Angabe arg übertrieben. Das verwendete Mehl sei vollkommen backfähig gewesen. Abg. Weiser verwahrt sich dagegen, übertrieben zu haben. Er wolle vornehmlich die häufigeren Revisionen. Das amtliche Teleogramm habe keine Angaben im wesentlichen Bestätigung. — Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Brandweinsteuergesetz.

G. Die Sachverständigenkommission für die Novelle zum Brandweinsteuergesetz nahm Mittwoch die Regierungsvorlage mit zwei Änderungen an. Zunächst wurde auf Antrag des Abg. Gamp (Np.) in Artikel 1 gesagt, daß das Gesamtkontingent nicht herabgesetzt werden dürfe, sondern herabgesetzt werden kann. Dann wurde auf Antrag des Abg. Dr. Baasche (natlib.) folgender neuer Artikel 4 aufgenommen: „Für die Erhebung und Verwaltung der Brandsteuer wird vom 1. Oktober 1893 ab eine besondere Vergütung an die Einzelstaaten nicht mehr gezahlt.“ Staatssekretär Frhr. v. Tziemann hatte zu diesem Antrage erklärt, daß einige Staaten, darunter auch Preußen, demselben sympathisch gegenüberstünden, daß aber ein Beschluß darüber von den Bundesregierungen noch nicht gefaßt sei; einstimmig sei aber der Bundesrat der Ansicht, daß der Antrag eine Verfassungsänderung in sich schließe. — Zum Berichterstatter für das Plenum wurde der Abg. Gamp (Np.) bestimmt.

Wahlprüfungskommission.

n. Das Mandat des Reichstagsabgeordneten Schmitt v. Bayern (N.), der an Stelle des verstorbenen v. Marquardsen für 5. Wahlbezirk (Homburg) gewählt ist, wurde heute von der mit der Prüfung beauftragten Abteilung des Reichstags für gültig erklärt.

Petitionskommission.

a. In der Petitionskommission des Reichstags wurde Mittwoch eine Petition der Garnison-Bauschreiber, welche als Civilamtskleriker eingetrent und auf Kündigung angestellt sind, um etatsmäßige Anstellung, um den Anspruch des Regierungsvertreters einstimmig dem Reichstags zur Berücksichtigung überwiesen.

Preussisches Abgeordnetenhaus. (22. Sitzung.)

Bg. Das preussische Abgeordnetenhaus ist fortgesetzt beschäftigt, allen Notleidenden zu helfen. Verständigere Weise fängt es mit seiner Hilfe nicht etwa unten, sondern oben an. Nach den Agrariern wären es heute die notleidenden Hausbesitzer, die die Aufmerksamkeit der preussischen Landtagsboten erregten. Ein Mitglied der freikonservativen Partei und ein Mitglied des Centrums hatten Anträge eingebracht, die eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes bezweckten. Sie erklärten übereinstimmend, daß der Grundbesitz in den großen Städten sich in drückender Notlage befinde und daß ihm durch Beseitigung der Gärten geholfen werden müsse, bis das gegenwärtige Kommunalsteuersystem für ihn mit sich bringe. Diese Hilfe sei so dringend, daß sie noch in diesem Jahre erfolgen müsse. Die Arbeiter werden sich wundern, wenn sie erfahren, daß die Häuserbesitzer trotz aller Mietssteigerungen noch immer mit dem blaffen Glend zu kämpfen haben und daß der preussische Landtag es für nötig hält, von der Regierung eine Abänderung des Gesetzes zu verlangen, das den Kommunen bisher die rechtliche Handhabe bot, einen Teil der Hausrente im Dienst der Allgemeinheit zu verwenden. Die beiden Anträge wurden einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Herrenhaus. (4. Sitzung.)

K. Das Herrenhaus behandelte das Auerrecht in Westfalen. Eine Kommission, die dort der Präsident einsetzt, hatte den Herren die Vorarbeiten abgenommen, es blieb also gar nichts mehr zu thun übrig, als die Vorschläge der Kommission anzunehmen. Diese Aufgabe löste das Herrenhaus in glänzender Weise. Es giebt in Preußen leider noch immer Männer, die verstockt genug sind, an der Nützlichkeit dieser ehrenwürdigen Institution des Herrenhauses zu zweifeln. Was werden sie dazu sagen, wenn sie die Tagesordnung der nächsten Sitzung erfahren. Sie lautet wörtlich: Interpellation des Herrn von Bowersch über den Unfall der Gräfin Pfeil auf dem Bahnübergang von Bries. Wer vermag die Wichtigkeit solcher Verhandlungen zu bestreiten!

Auflösungsgerichte.

tt. Auflösungsgerichte schwirren seit einiger Zeit wieder unter den Parlamentariern herum.

Als das Flottengesetz zuerst auftauchte, gab es eine nicht kleine Anzahl Politiker, die die Ablehnung der Vorlage und als Folge die Auflösung des Reichstags erwarteten. Der Glaube an das vorzeitige Ende der letzten Session vor den Wahlen wurde besonders in konservativen und nationalliberalen Blättern gehegt. Die Herren hofften auf diesem Wege eine gute Wahlparole zu erhalten. Im Laufe der letzten Jahre haben immer weitere Kreise das Volksfeindliche einer auf Bereicherung der Junker und Knebelung der Arbeiterklasse abzielenden Politik erkannt, und alle Nachwahlen haben von dieser Stimmung Zeugnis abgelegt. Die Konservativen und Nationalliberalen konnten darauf rechnen, daß sie bei einem Wahlkampf unter normalen Verhältnissen starke Einbußen an ihrem parlamentarischen Besitzstand erleiden würden. Sobald aber eine Reichstagsauflösung die Frage der Marinevermehrung in den Mittelpunkt der Wahlaktion gestellt hätte, rechneten sie darauf, daß die alten patriotischen Phrasen ihre Zugkraft bewahren und einen zweiten Parteireichstag erzeugen würden.

Die Rechnung mag falsch sein und sie ist falsch, denn das Volk hat ein besseres Gedächtnis, als den Reaktionen lieb ist, jedenfalls war sie aber vorhanden.

Durch diese Hoffnungen schien nun die erste Rede des Centrumsführers Lieber zur Flottenvorlage einen dicken Strich zu machen. Nur Herr Richter sträubte sich hartnäckig dagegen, in den Worten Liebers die Vorrede zu dem schließlichen „Ja“ zu hören. Immerhin war auch nach der Lieber'schen Rede klar, daß eine Minorität in der Centrumsfraktion sich gegen die Bewilligung noch sträubte. Die nächsten Wochen haben dann gezeigt, wie diese Minorität immer mehr zerbröckelte. Selbst die bayerischen Ultramontanen, die anfangs am meisten gegen die Flottenvermehrung waren, haben nach und nach klein beigetragen.

Natürlich war dieses Ziel nicht im Sandumdrehen zu erreichen. Die Centrumsführer brauchten zur Bearbeitung ihrer eigenen Fraktionsgenossen Zeit. Die Gegensprüche der Kardinalen und Erzbischöfe zu der Chinafahrt des Prinzen Heinrich entfalteten erst allmählich ihre Wirksamkeit. Deshalb verzögerte auch Herr Lieber den Beginn der Kommissionsberatung über das Flottengesetz um fast zwei Monate. Gegenwärtig liegen nun die Dinge so, daß die gesamte Centrumsfraktion ausnahmslos entschlossen ist, für alle auf Grund der Vorlage in diesem Etat geforderten Schiffe zu stimmen. Dagegen ist es Herrn Lieber noch nicht gelungen, die Mehrheit seiner Fraktion auch für das Septennat zu begeistern. Die Forderung der Regierung, das Etatsrecht des Reichstages in allen Marineangelegenheiten auf sieben Jahre zu binden, stößt vorläufig noch auf Widerstand in den Reihen der Centrumsfraktion. Schon aber ist in ihr eine kleine Gruppe vorhanden, die entschlossen ist, auch diese verfassungsrechtliche Grate zu verschlucken.

Es ist nun nicht unwahrscheinlich, daß die Auflösungsgerichte, die neuerdings wieder kolportiert werden, von dieser kleinen Gruppe ausgehen, die mit der Furcht vor einer Auflösung auf die Mitglieder der eigenen Fraktion zu wirken und sie von ihrem eigenen Sträuben zu fukieren gedenken. Das Centrum hat zwar, was die zahlenmäßige Stärke der Parteien im Parlamente anlangt, von einer Auflösung nichts zu befürchten, wohl aber wäre seine parlamentarische Machtstellung dahin, wenn es den Konservativen und Nationalliberalen gelänge, durch den Hochdruck patriotischer Wahlmache auf Kosten der freisinnigen Gruppen die Majorität im Reichstage zu erlangen.

Hinter den parlamentarischen Coulissen sind die Drahtzieher also eifrig an der Arbeit.

Uns kann dies Treiben gleichgültig lassen. Es ist uns ebenso recht, wenn der Reichstag aufgelöst wird, wie

wenn er sein natürliches Ende nimmt. Die Flottenvermehrung werden uns keinen Abbruch thun. Unsere Wahlparole ist gegeben: es ist der Pobadow'sche Erlass, und unsere Wahlvorbereitungen sind überall getroffen. Wir sind unserer Genossen sicher, sie werden überall ihre Schuldbigkeit thun, und es ist dasselbe, ob wir Mitte April oder Mitte Juni sagen: 2 Millionen Stimmen und das fünfte Duzend voll!

Nachrichten aus Magdeburg.

In unserer gestrigen Nummer berichteten wir über eine **Agarante-Gesetzverletzung** seitens der Konservativen, die in Kreisversammlungen ihre Kandidaten zum Parteitage in Dresden wählten. Heute sind wir in der Lage, dasselbe von den Nationalliberalen berichten zu können. In der Magdeburgischen Zeitung findet sich eine Korrespondenz aus Verburg, in welcher über eine Verammlung des nationalliberalen Bereichs berichtet wird, die sich mit den bevorstehenden Reichstagswahlen befahte. In dieser Versammlung wurde dann auch zwei Delegierte zum Parteitag in Magdeburg gewählt. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß in Anwesenheit des Abg. Schmidt anlässlich einer nationalliberalen Versammlung erklärt wurde: „Centert hat uns das Gesetz nicht.“ Wenn die Herren also der Aufassung sind, daß für sie das Verbot des Inverbindlichkeits der Vereine nicht existiert, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß bei den Nationalliberalen wenig Neigung herrscht, dem § 8 des preussischen Vereinsgesetzes ernstlich zu Leibe zu rücken.

In hiesigen Zeitungen finden wir öfters Annoncen, in welchen Wirte und Inhaber von Sälen ihre Lokale zu **Versammlungen** zu empfehlen. Diese Annoncen bringen. Den Lesern kann geschwiegen werden, sie brauchen bloß ihr Lokal den Arbeitern zur Verfügung zu stellen und dasselbe erfüllt seinen Zweck. Dieses dachte auch die sozialdemokratische Partei, und um den Wirten, die Versammlungslokale aber keine Versammlungen haben, zu zeigen, wie da Hilfe geschaffen werden kann, veranstaltete sie eine Umfrage bei den Wirten, ob sie Arbeiterversammlungen in ihren Lokalen haben wollten oder nicht. Diese Umfrage ist jetzt beendet und werden wir das Resultat dieser Umfrage demnächst veröffentlichen.

Der General-Anzeiger beschäftigt sich mit dem voraussichtlichen Schicksal der Marinevorlage und stellt eine **Reichstags-Auflösung** in Aussicht im Falle der Ablehnung. Wir verwelfen unsere Leser auf den politischen Teil unserer heutigen Nummer.

In der Magdeburgischen Zeitung zieht ein **Zutreffendes** in einem Eingeband gegen die **Luftbarkeitssteuer** zu Felde. Er meint die kleinen Saalbesitzer müßten bezahlen und die großen hätten den Vorteil hiervon. Der gute Mann gehört wohl nicht zu denjenigen Wirten, welche ihr Lokal zu Versammlungszielen auch Sozialdemokraten zur Verfügung stellen. Wenn dieses der Fall wäre, könnte er ein ganz anders Lied singen über Milliardeystoll, Luftbarkeitssteuer und dergl. mehr.

Mittwoch abend 8 1/2 Uhr brach im Hause Luisenstraße 20 **Feuer** aus. Die Flamme schlug zum Dach hinaus. Die Wache Neustadt und die Hauptwache Magdeburg waren in Thätigkeit. Da großer Sturm dem Ausbreiten des Feuers günstig war, hatte die Feuerwehr kräftig eingegriffen. Es gelang ihr, um 8 1/2 Uhr das Feuer zu unterdrücken. Das Nachbarhaus, welches ein Stockwerk höher war, war sehr gefährdet.

Der gestrige Sturm hat vornehmlich Verheerungen angerichtet. In der Spielgartenstraße riß er am Grundstück Luftspur eine halbe hohe Breitenumzäunung, auf dem benachbarten Grundstück eine ganze Front der Umzäunung und im Garten Bäume um.

Das **Schwurgericht** verurteilte den Tuchmacher Seyler wegen Mordes zum Tode. Der Verurteilte erklärte, er werde Revision einlegen.

Über **verschiedene Unfälle** wird berichtet: Dem Comptoiristen Gerhard Sch. ist ein Stapel Auhholz auf das Bein gefallen, wobei er eine Muskelzerrung erlitten hat. Der Arbeiter Josef St. aus Schwaneberg ist beim Aufsteigen in die im Betriebe befindliche Trommel einer Dreschmaschine geraten, wobei er sich den Fuß so arg verletzte, daß dieser abgenommen werden mußte. Der Knabe B. ist beim Spielen am Kaiser-Wilhelmplatz gefallen und hat sich ein Bein gebrochen. Alle drei fanden Aufnahme in der städtischen Krankenanstalt.

Salzabschneiderpraxis.

Der Innungsverband deutscher Baugewerkmeister hat, wie hinlänglich bekannt, den letzten Anstoß zu dem berühmten **Dezemberrundschreiben** des Reichsamtes des Innern gegeben. In einer Petition an den Reichstag und den Bundesrat beweist dieser Verband soeben von neuem, weiß Geistes Kind er ist.

Einmal unterstützt die Denkschrift die im Vorjahre vorgeschlagene Aenderung der Strafprozess-Ordnung, daß Personen, welche auf frischer That betroffen oder verfolgt und vorläufig festgenommen sind, von der Staatsanwaltschaft unmittelbar dem zuständigen Gericht mit dem Antrag auf sofortige Aburteilung vorgeführt werden sollen, in welchem Falle das Gericht ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne eine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens sofort oder spätestens am zweiten Tage nach der Vorführung zur Hauptverhandlung zu schreiten und dabei über die Verhaftung oder Freilassung des Angeklagten zu entscheiden haben würde.

Dieser Pfeil der hiesigen Freiheitskämpfer (die Petition wimmelt von Worten wie „persönliche Freiheit“, „freier Wille“, „freie Ueberzeugung“) gilt natürlich nicht Mördern und Dieben, sondern streikenden Arbeitern: Gerade in den Fällen, in welchen fortarbeitende Arbeiter durch ihre dem Arbeiterausstande angehörenden Mitarbeiter vergrößert, also durch Beschimpfungen oder Tätlichkeiten in ihrem Rechte auf Arbeit beschränkt werden, dürfte sich dieses abgekürzte Strafverfahren gegen die auf frischer That verhafteten Störer der öffentlichen Ruhe und Ordnung günstig bewähren, weil es die Sühne der begangenen Schuld unmittelbar folgen läßt, auch gleichzeitig den Strafzweck erfüllt, einer Fortsetzung der Straftat vorzubeugen und andere davon abzuwehren.

Also erst verlangt man eine Verschärfung des Klassenkampfes gegen die Arbeit dadurch, daß bisher noch zulässige, friedliche Mittel des Bohnenkampfes in Zukunft für strafbar erklärt werden sollen. Dann fordert man weiter Aburteilung der künstlich ins Unrecht gesetzten Arbeiter sofort, in der Erregung des Augenblickes, um „vorzubeugen“ und „abzuwehren“.

So sehr das an die Salzabschneider-Praxis unserer Bauhöfen erinnert, so menschenfeindlich und fürsorglich gebunden sich die Herren im zweiten Teile ihrer Bittschrift. Die Baugewerkmeister lassen sich bekanntlich öfters „Körperverletzungen“ und sogar „Tötungen“ zu Schulden kommen — verschuldet durch Verletzung der berufsmäßigen Aufmerksamkeit, wie es in der Sprache unferes Rechtes heißt. Für diese Verwüstung von Menschenleben verlangen die Freunde

Des Grafen Posadowsky freiere Bahn; die künftigen Richter hätten kein Verständnis für die Profit-Verhältnisse eines Baugewerkmehrsers und seine gebräuchlichen Gepflogenheiten" und kämen so zu Schuldstellungen, welche (man verbeije sich das Lachen!) das Vertrauen auf eine gerechte Strafrechtspflege erschüttern. Nicht einmal die zu Gutachten herangezogenen Sachverständigen taugen etwas; als "theoretische vorgebildete" Baubeamte wissen sie nichts von den "gebräuchlichen Handlungen im Bauwesen". Ueber Bauunfälle sollen also Schöffen aus der Zahl der "Baukündigen" aburteilen; die Sachverständigen sollen sie sich unter ihresgleichen, unter "praktischen Baugewerkmehrsern" aussuchen.

Welch eine beispiellose, aufbringliche Dreistigkeit! Welch eine Verhöhnung der heutigen Rechtsprechung und der Rechtsgleichheit überhaupt! Ueber die friedlich um eine bessere Lebenshaltung kämpfenden Arbeiter möglichen vorangemachten Feinden und in der Mut des Streik-Kampfes! Verhandlung gegen die des Totschlags angeklagten Unternehmern vor lauter mitleidenden und bei Gelegenheit auch mitschuldigen ehebaren Bunztgenossen!

Wahrlich diese vom Vorwärts an das Licht des Tages gezogene Petition des Innungsverbandes deutscher Baugewerkmehrsers muß jeder Bauarbeiter als ein Zeichen unserer Zeiten Schande dauernd aufbewahren. Sie wird den Bauarbeitern Stoff zu genügender Aussprache geben, deren Resultat ein Massenaufmarsch zu den Organisationen, eine thätigkeitsvolle Unterstüßung der Arbeiterpresse sein muß.

Nachrichten aus der Provinz.

Magdeburg. (Folgen des Sturmes.) Der furchtbare Sturm, welcher am Mittwoch herrschte, richtete hier viel Unheil an. Mehrere Dächer wurden abgetragen, so unter anderem das Dach einer Fabrik. Die herabfallenden Flegel trafen den zwanzigjährigen Rautscher Bieseck, welcher bei der Witwe Böhm in Dienst steht, so unglücklich, daß ihm beide Beine abgeschlagen wurden. Die Leiche war sofort tot. In Würderstedt riß der Sturm das Dach des erst neuerbauten Bahnhofsgebäudes herunter. Die Dachsparren wurden mehrere Meter weit geschleudert und zerplitterten wie Streichhölzer. Durch die umherfliegenden Sparren wurden mehrere Dächer beschädigt, Personen jedoch nicht verletzt.

Reinholdenleben. (Das Kreisblatt auf der Annouciation.) Das hiesige Kreisblatt, Wochenblatt für die Kreise Reinholdenleben, Gardelegen und Wolmirstedt, bekämpft natürlich die Sozialdemokraten, wo sich hierzu die Gelegenheit bietet. Wenn es sich aber ums Geldverdiensten handelt, dann folgt das Blattchen dem bewährten Grundsatz des alten Bespazier, der bekanntlich zuerst entdeckte, daß Geld nicht riecht, und nimmt Annouciation, ganz einseitig von dem einseitigen Vorurteil aus, daß ein Kreisblatt ein Geschäftsmann in Magdeburg gerichtet, in welchem derselbe aufgeföhrt wird, im Kreisblatt zu inserieren, als ganz besonderer Vorzug wird angeführt, daß das Blatt vor allen Dingen in wohlhabenden Kreisen gelesen wird. Der betreffende Geschäftsmann, der hauptsächlich Arbeiterartikel führt, wird nur wahrscheinlich sich sehr freuen, dem Blatte eine Annouciation aufzugeben, da er für seine Artikel ja in den wohlhabenden Kreisen am meisten Verwendung haben dürfte. So denkt wenigstens das Kreisblatt.

Halle. (Mordversuch und Selbstmord.) Der Ingenieur Rosel aus Braunschwieg hat in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch einen Mordversuch gegen eine Prostituierte gemacht. Die Kugel prallte am Kopf ab. Rosel hat sich hierzu selbst erschossen.

Weißenfels. (Unfall auf einem Posten.) Bürgerliche Zeitungen berichten über einen Unfall auf einem Posten der Unteroffizierschule. Vermutlich ist die Ungelegenheit harmloser Natur und nicht, wie nur lesen, "ein Ausfluß politischer Lebensweisen". Was haben die mit dem Unteroffiziersposten zu thun.

Nachrichten aus dem Reiche.

Deuben. (Mord.) Ein erst kürzlich nach hier zugezogener Kaufmann erschlug seine Frau. Sodann versuchte der Mörder sich selbst durch Schießung in den Hals zu töten, was ihm jedoch nicht gelang. Der Mörder befindet sich in Gewahrsam.

Jena. (Neues Krematorium.) Im hiesigen, neuerbauten Krematorium wurde als erste Leiche ein Fräulein aus Arnstadt verbrannt. Der Apparat arbeitete tadellos.

Kleine Chronik.

Wie aus Havana gemeldet wird, ereignete sich an Bord des amerikanischen Kriegsschiffes Maine eine furchtbare Explosion, die den Kreuzer ganz zerstörte. Etwa 200 Matrosen werden vermisst. Ueber die Ursache der Explosion ist näheres noch nicht bekannt. In London wurde ein Lord wegen Betrages zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er hatte einen Offizier veranlaßt, Schuldscheine im Betrag von 11 000 Pfund zu unterschreiben. In Konstantinopel herrscht seit einigen Tagen heftiger Schneefall. Die Mannschaft des Dampfers "Aller" rettete bei hochgehender See unter großen Schwierigkeiten 23 Seeleute eines sinkenden englischen Schiffes und brachte sie nach New York. Die Schiffsbühnen zitterten nichts von ihrer Habe und wurden von der Mannschaft der "Aller" mit dem notwendigen versehen.

Unsere Leser werden freundlichst ersucht, bei ihren Einkäufen diejenigen Geschäfte zu berücksichtigen, deren Inhaber in der Volksstimme inserieren. Für den Inhalt der Inserate ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich. Preisgeschäftlich verantwortlich August Müller, Magdeburg.

Gesucht werden:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schmeide (Feuerarbeiter), Schlosser (selbständiger Maschinenarbeiter), Buchbinder, Korbnacher auf Gestelle, Barbier, junge Handwerker, welche zweijährige städtisch gestiftete Erlaubnis haben wollen und ein Gärtnerlehrling mit guter Schulbildung.

Es suchen Stellung:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstr. 15/16): Schuhmacher, Schneider, Zimmerer, Maurer, Tischler, Dreher, Hobelisten, Töpfer, Klempner, Formner, Tapezierer, Gelbgießer, Schweizer und Arbeiter für jede Arbeit und Arbeiterinnen.

Große sowie kleinere Umzüge per Kasse und per Bahn werden besorgt
Krügerbrücke No. 1b.

Zum Wahlkampf.

Die Wahlkraft der Freisinnigen Volkspartei wurde von dem Reichstagsabgeordneten Viktor Kopsch in einem Vortrage, den der genannte Herr in Berlin hielt, dahin erklärt, daß der Freisinn nach rechts und links kämpfen werde. Die Aussichten seien sehr günstig, neue Mandate zu erringen. Um den Kampf gegen die Sozialdemokratie, der vielfach gute Aussichten bietet, siegreich führen zu können, sei neben der Auswahl wirklich volkstümlicher Kandidaten eine geschickte Führung des Wahlkampfes erforderlich, dann würden die nächsten Wahlen beweisen, daß der wahre Liberalismus noch Wobden im Volk habe. Herr Kopsch setzt sich ja hier ganz gewaltig aufs hohe Pferd, was außerordentlich komisch wirkt, wenn man bedenkt, daß 1894 die sämtlichen Mandate der Volkspartei erst in der Stichwahl mit Hilfe der Sozialdemokraten errungen wurden. Die Berliner Volks-Zeitung bemerkt denn auch hierzu: „Was für Erfolge für die allgemeine politische Lage aus einer Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickten sollen, ist uns unklar. Noch unklarer ist es, was eine Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie bedeuten soll, da es bekannt ist, daß ohne die Unterstützung der Sozialdemokratie in der Stichwahl kaum ein einziges freisinniges Mandat zu gewinnen ist. Aber Allah weiß es besser!“

Daß die Freundschaft der Konservativen für das allgemeine Wahlrecht nicht sehr groß ist, und daß die Herren, sobald sie die Macht dazu haben, zu einer Abänderung desselben schreiten werden, ist genügend bekannt. Trotdem ist es gerade jetzt, anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen, von größter Wichtigkeit, immer wieder darauf hinzuweisen, was das Volk zu erwarten hat, wenn die blaublütigen Herren die Majorität im Parlamente hätten. Mit einer auerkennenswerten Offenheit spricht sich das Vaterland, das Organ der sächsischen Konservativen, über diese Angelegenheit aus und läßt keinen Zweifel darüber zu, daß von jener Seite das Schlimmste zu erwarten ist. Es heißt hier, im Reichstage seien keine Männer von vornehmer Charakter zu finden. „Diese verschmähen es vielfach, sich von niedrig denkenden politischen Gegnern im Wahlkampf mit Kot besudeln zu lassen, sich gegen Beschimpfungen und lächerliche Mänke wehren zu müssen und überlassen das Feld dem geistig und sittlich verwahtlosten Proletariat, das weniger auf die Förderung unserer Volks- und Staatsinteressen, als auf die Erreichung persönlicher Vorteile bedacht ist und in Bezug auf seine Gelüste ganz mit denen der Masse harmoniert, von denen es auf den Schilb erhoben wurde.“ Das deutsche Volk ist darum im Begriff, den gleichen Weg zu beschreiten, den Athen und Rom gegangen sind, als die Entscheidung über die staatlichen Maßnahmen in die Hände der ungebildeten Masse gelegt wurde; auch für uns wird es keine Rettung geben, wenn mit dem unfehligen Wahlgeseß nicht beizeiten gebrochen wird.“ Diese Auslassungen sind ein Muster konservativer Heuchelei. Sie, die Junker, die vor allen Dingen den Staat als eine Domäne betrachten, die nur dem Interesse der Junker dienen soll, sie machen dem Proletariat den Vorwurf, daß es nur auf Erringung persönlicher Vorteile bedacht ist. Was sich wohl das Vaterland denkt was alle die Liebesgaben für Schnapsbrenner und Zuckerfabrikanten, alle die Bölle und Verbrauchssteuern, die das arbeitende Volk belasten zu Gunsten der abligen Schnapphähne anders sind als persönliche Vorteile. Im übrigen spricht der Artikel und die rohe Ausdrucksweise desselben für sich selbst. Das Volk wird bei den Reichstagswahlen die gebührende Antwort darauf erteilen.

Im Schönebecker Tageblatt befindet sich ein Bericht über die am Sonntag im Stadtpark stattgefundene Volksversammlung, in welcher Abg. Schmidt referierte, der nach bekannter Manier die Wahrheit geradezu auf den Kopf stellt. Das edle Blatt täuscht seinen Lesern die Wäre auf, der Referent habe sich eine Stunde mit ihm und seinen Verleumdungen beschäftigt. Namentlich die Bezeichnung Durchfalls-kandidat soll der Redner zurückgewiesen haben. Das ist in einer Art und Weise gelogen, wie wir sie nur bei Blättern vom Schlage des Schönebecker Tageblattes zu finden gewohnt sind. Ueber letztere Behauptung kann sich doch ein vernünftiger Mensch nicht aufregen, da ja hier die Wähler das entscheidende Wort zu sprechen haben und was das erstere, die Zurückweisung der Angriffe im Schönebecker Tageblatt anbelangt, so glauben wir, daß der Referent es nicht nötig hatte eine Stunde zu reden, um diesen Erguß in die rechte Beluchung zu rülen. Das geschah in wenigen Sätzen und der Beifall der Versammlung bewies, daß diese Zurückweisung genügte. Nun noch ein Wort zur

Richtigstellung. Im Tageblatt wird wieder die alte Behauptung aufgeführt, daß Schmidt seinen Parteigenossen Kopsch verweigert habe, um sich dessen Stelle einzunehmen. Dieses sei in Magdeburg bekannt und deshalb wage Schmidt es nicht, in Magdeburg zu kandidieren. Dem gegenüber sei ein für allemal festgestellt, daß Schmidt die Kandidatur für Galde-Magdeleben schon angenommen hatte, ehe die Kandidatenfrage für Magdeburg aufgerollt wurde. Wir sind natürlich nicht der Meinung, daß mit unserer Klarstellung nun die Sache aus der Welt geschaffen wäre. Wir kennen die Blätter vom Schlage des Schönebecker Tageblattes viel zu genau, um nicht zu wissen, daß man eine derartige Gelegenheit, den politischen Gegner zu verleunden, sich nicht entgehen läßt. An unseren Genossen aber muß es liegen, die Wahrheit möglichst zu verbreiten und den Verleumdungen die Spitze abzubrechen. Daher sind wir einmal auf die Subeleiten des Tageblattes eingegangen. In Zukunft wird dieses unterbleiben, da wir doch wissen, daß eine solche Presse jedes journalistischen Anstandes bar ist und dem Motto folgt: „Verleumde nur immer zu, etwas bleibt doch hängen.“ Bei der nächsten Versammlung in Schönebeck wird Schmidt vielleicht Gelegenheit nehmen, die Herren vor das Forum zu ziehen, wir werden in Zukunft schweigen. Denn gegen die Gemeinheit kämpfen selbst Götter vergebens.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Konditoren, Bäckerei Magdeburg am 12. Februar. Diefelbe war schwach besucht. Der Bericht der Kommission zur Vorbereitung des Stiftungsfestes, welches am 20. Februar in der Reichshalle stattfinden wird, wurde von allen Seiten gutgeheißen. Unter Verschiedenem wurde die Laune der Mitglieder getügt, die den Verein als Unterstüßungs- und Krankenkasse betrachten, anstatt als Gewerkschaft, die bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen will.

Wachung, Buchbinder! Beschwerden über gefehwirdrige Arbeitszeit, schlechte Behandlung usw. sind zu richten an die Pflanzungskommission: Paul Pribe, Neustadt, Sieverstor 3c, 2 Et., Mag Schwambach, Magdeburg, Heiligegeiststraße 23, S., v. Karl Redling, Magdeburg, Georgenplatz 9, S., r., 1 Et.

Central-Krankenkasse der Deutschen Wagenbauer (Filiale Sudenburg). Jahrlabend des Balles wegen am Montag, den 21. Febr., bei Seeger.

Sonnabend, 19. Februar:
Verein der Stuccateure. Vereinsversammlung abends 8 1/2 Uhr bei Grothum, Kl. Klosterstraße 15-16.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Sektion der Installateure. Versammlung abends 8 1/2 Uhr in der Burghalle, Tischlertrugstraße.
Verband der Handschuhmacher. Monatsversammlung im Bürgerhaus.
Punktlisches Erscheinen wird jedem zur Pflicht gemacht.
Vereinigung Deutscher Schmiede, Bäckerei Magdeburg. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Grothum, Kl. Klosterstraße.

Stadt-Theater.
Wie bereits angezeigt, geht am Freitag zum 2. Male Goethes Faust (2. Teil) mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten nach wochenlanger eifriger Vorbereitung in Scene. Wir weisen nochmals darauf hin, daß der Anfang dieser Vorstellung auf 8 Uhr festgesetzt ist.

Letzte Nachrichten.

Eiserefeld. Die Eisenbahnbehörde hat wieder einmal eine schwere Niederlage erlitten. Der Stationsassistent Jained, welcher angeklagt war, das Eisenbahnunglück bei Bohwinkel verursacht zu haben, ist freigesprochen worden.

Schlecht i. d. Rheinpfalz. In den Eisenerwerken des Kommerzienrats Max v. Glenuß haben am Sonnabend 70 Former wegen bedeutender Lohnabzüge die Arbeit niedergelegt. Sie ersuchen die Fachgenossen, den Buzug fernzuhalten.

Hohenobereben. Der Gastwirt Herr D. Sigus hat sein Lokal den Arbeitern zu einer Gewerkschaftsversammlung verweigert.

Pariser Ruhe. Am 14. Februar sind zwanzig am Postgebäude beschäftigte Steinbauer gemachregelt worden; weitere Entlassungen stehen bevor.

Mathenow. Hier haben sämtliche Tischler und Maschinenarbeiter die Arbeit eingestellt.

Washington. Nach einem weiteren Telegramm des Kapitäns der „Maine“, Sigbee, sind 238 Mannschaften und 2 Offiziere der Katastrophe zum Opfer gefallen.

Briefkasten.

L. M. Neustadt. Wir nehmen von Ihrer Einsendung Notiz und teilen Ihnen mit, daß wir nächsten ein Verzeichnis der Postale veröffentlicht werden, die nicht von Arbeitern befristet sein wollen. — **Carlus.** Bevor wir Ihre Einsendung berücksichtigen, müssen Sie erst aus Ihrer Anonymität heraustreten. — **Beachtung.** Wie uns Herr Friedrich, Steinseger, mitteilt, soll sich die Notiz in Nr. 37 unseres Blattes: nur Mitglieder haben auf dem Verbandstage der Steinseger Zutritt, nur auf die inorganisierten Steinseger beziehen. Allen anderen organisierten Mitgliedern stand der Eintritt frei. — In der Nummer unserer Zeitung vom 18. Februar unter Nachrichten von Galde muß es heißen: Als Kandidat für die dritte Wählerklasse wurde Genosse Koch, Westphäler, aufgestellt. — **Eingegangen:** Versammlungsbericht der Holzarbeiter. — Eingefandt, Fernerleben. — Bericht über die Strafkammerverhandlung. — Eingefandt, Lagerhalter betreffend.

Konsum-Verein Biene

E. G. m. b. H. zu Schönebeck a. E.

Zu der am Sonntag, den 27. Februar d. J., nachmittags 3 Uhr, im Saale der Reichshalle anberaumten

ordentlichen General-Versammlung

werden die Mitglieder hiermit eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Konsums- und Genossenschaftswesen.
2. Erledigung der laut letzter Generalversammlung zurückgestellten Punkte.

Schönebeck, den 16. Februar 1898.

Der Aufsichtsrat.
Fr. Fürstenberg, Vorsitzender.

Vereinigung Deutscher Schmiede

Filiale Magdeburg

am Sonnabend, den 19. Februar 1898, abends 8 1/2 Uhr, im Zentralverkehr, Kleine Klosterstraße 15/16:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. 574

Zus. erscheinen alle Kollegen ist erforderlich.

Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer (E. G.) Filiale Sudenburg.

Sonnabend, den 19. Februar 1898

in der Zerbster Bierhalle

Ball

zur Feier des zwanzigjährigen Bestehens der Kasse.

Bege Beteiligung erwünscht. — Durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Das Komitee.



Lemsdorf, Zum Deutschen Kaiser.

Sonntag, den 20. Februar:

Grosser Narren-Abend.

Orchester-Musik.

298

A. Friedländer

Ältestes Waren- u. Möbel-Kredit-Haus Magdeburgs
nur Breiteweg 118, I.

187

Der Liebling aller praktischen Hausfrauen

200
 ist das
Deutsch-Holländischen Margarine-
 Original-
 mit vorzüglichstem Märsenöl hergestellt.
Im Geschmack und Aroma von feinsten
 Verkaufsstellen: Durch Plakate



Fabrikant der
Gesellschaft m. b. H., Cleve.
 Marke
 Beim Braten vorzüglich bräunend.
Molkereibutter kaum zu unterscheiden.
 Im Schaufenster erkenntlich.

General-Vertreter: **Aug. Linnecke, Magdeburg**
 Fernsprecher: 2042. Kronprinzenstrasse 8.

Geschäfts-Öffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich Magdeburg-Friedrichstadt, Brückstr. Nr. 4, ein

Spezial-Margarine-Geschäft

der Fabrikate A. L. Mohr.

Offertiere:

Margarine Ia., per Pfd.	65 Pfg.	Kakao	per Pfd.	1.60 Mk.
do. II, " "	60 " "	Mohren-Kaffee	" "	60 Pfg.
do. III, " "	50 " "	Gebrannte Kaffee	in allen	
Schmalz	" "	Preislagen und gewähre		
do., ausgebraten mit Zwiebeln u. Nüssen, per Pfd.	50 Pfg.	5 Prozent Rabatt.		

Bitte das geehrte Publikum von Friedrichstadt u. Werder um geneigten Zuspruch hochachtungsvoll **Friedr. Tietz.**

Eröffnung

Sonnabend nachmittag 5 Uhr.

Otto Wetzel & Co., Berlin

mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb

Verkaufshaus Magdeburg, Breiteweg 69-70.

Welche Vorteile bieten unsere Fabrikate vor allen anderen??

Wir verarbeiten die denkbar besten Materialien.
 Bei unserem Fabrikat hat selbst der billigste Artikel Kernsohle, Lederbrandsohle und Lederlappe. Vermöge der vorzüglichen Passform unserer Schuhwaren, der enorm grossen Auswahl, ist selbst dem verwöhntesten Geschmack Rechnung getragen.
 Bei unserem Fabrikat übernehmen wir die weitgehendste Garantie.
 Durch die von der Fabrik auf jedes Paar offen aufgestempelten Preise ist jede Uebervorteilung vollständig ausgeschlossen.
 Durch die Masseneinkäufe der Rohstoffe, die fachmännische Leitung unseres Herrn Wetzel, und weil wir unser Fabrikat ohne Zwischenhandel nur direkt abgeben, sind wir in der glücklichen Lage, für wenig Geld ein hervorragend gutes Schuhwerk abzugeben.

Warum soll niemand versäumen, bei uns zu kaufen??

Billigste Bezugsquelle.
 Kleiderschränke 24 u. 32 Mt., Vertikows 30 und 34 Mt., Pfeilerschränke 20 Mt., Sofa'sche 9 und 11 Mt., Stühle 3.50 und 5.50 Mt., Pfeilerspiegel 11 und 14 Mt., Divan 28 u. 35 Mt., Regulatoren 15 und 21 Mt., Bettstellen mit Matrassen von 20 Mt. an, Betten von 12 Mt. an, Milchenschränke 22 u. 28 Mt., Anrichte 18 Mt., Tisch 8 Mt., Stühle 2 1/2 Mt.

280b **Jul. Rosenberg**
 Katharinenstrasse 8, Hochparterre.

Fleischhalle

Alte Markt 25, Edhans Butterm.
 Kalbfleisch, Pfd. 15, 35, 40, 45, 50 Pf.
 Schweinefleisch, Pfd. 35, 45, 55, 60, 65 Pf.
 Verkauf nur Freitags und Sonnabends.

Ein 1890er Brennabor-Fahrrad zu verk. Fuhrmann, Buckau, Schönebiederstrasse 18.
 Tischler oder Stuhlmacher gesucht! Schottelstrasse 6.
 5 bis 6 Korbmacher auf Stellarbeit gesucht Neustadt, Breiteweg 16.

Walhalla-Theater.

215 Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.

Stadt-Theater.

Freitag, den 18. Februar 1898.
 Anfang 6 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Zum 2. Male!
 Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten
Göthes Faust. 2. Teil.
 Nach der Text- und Bühnen-Einrichtung des Münchener Hoftheaters für die köstliche Bühne eingerichtet von Arno Cobi, us.

Friedrich Schrader

69/70 Breiteweg 69/70
 empfiehlt nach besuchter Inventur, um etwas zu räumen
emailliertes Geschirr
 sowie sämtliche Haus- und Küchen-Geräte zu billigen Preisen.

Pantinenhölzer

sowie
 sämtl. Artikel zur Holz- und Filzpantinenfabrikation
 zu billigen Preisen empfiehlt die
Lederhandlung von
 Gust. Friese, Neustadt, Luisenstr. 1.

Unsern werthen Kunden zur gef. Mitteilung, daß wir unsere Geschäfte abends um 9 Uhr schließen.
H. Schütze H. Möller
 Uhrmacher
Magdeburg-Buckau.

Möbel

und
Polsterwaren,
 große Posten Teppiche,
 ca. 100 Spiegel, Etageren
 Bilder
 ausnahmsweise spottbillig zu verk.
Breiteweg 89-90
Georg Mook.

Zur Schneiderei

empfehle:

Ia. Rockfutter	Mtr. 15, 18, 25, 30, 39 Pf.
Ia. Taillenkörper	Mtr. 24, 30, 33, 36, 42, 45 Pf.
Ia. Moireefutter	Mtr. 28, 33, 36 Pf.
Ia. Rockgaze	Mtr. 15, 18, 23 Pf.
Ia. Kleidersatin	Mtr. 60 Pf.

sowie alle anderen Artikel:
Perlbesätze, Seidenstoffe, Sammet etc.
Friedr. Meyer
 Neustadt, Breite Weg 14.

Jackett-Anzüge

aus guten, reellen Stoffen, vorzüglich sitzend, im Preise von 21-32 Mark.

Rock-Anzüge

in nur modernen, soliden Farben.

Cheviot-Anzüge

in blau, braun u. schwarz, in größter Auswahl am Lager bei

G. Gehse

Johannisfahrtsstrasse 14.
 Arbeiter-Garderoben-Fabrik
 Spezialität: Engl. Leder-Hosen.

40 Bettstellen u. Matrassen

in 1 1/2 u. 2schläfrig poliert u. lackiert, sind mit einer Anzahlung v. Mark 5 und wöchentlicher Abzahlung von Mark 1 an abgegeben. 285

S. Osswald

Ulrichsstraße 14
 I. Etage
 gegenüber der Ulrichskirche.

Cirkus-Theater.

277b
 Heute Freitag 8 Uhr:
Elite-Vorstellung
 des hier unerreichbaren
Welt-Programms.
Luppu's
 Größte Attraktion am 8fachen Luft-Balk sowie Auftreten des neuen aus den **ersten Künstlern** bestehenden Personals.
 Gewöhnliche Preise. Vorverkaufskarten sind gütig.
 Von 12 Uhr mittags ab geöffnet:
Große Ethnographische Schaustellung
 Eintritt 50 Pfg.
 Kinder und Militär 30 Pfg.

Küchengehälften der Magdeburger Volksküche
 Marktstr. 2 und Schmidstr. 61
 Schellfisch mit Salzkartoffeln und Frischsauce.
 Montag: Braupensuppe mit Hammelfleisch.
 Küchengehälften des Lehrerehen- und Damenheims,
 Breiteweg 82, 1 Tr.
 Freitag: Erbjesuppe, Schellfisch, Mofrichbutter, Salzkartoffeln.
 Sonnabend: Bräusuppe, Rindfleisch und Rosinenauce.

Beilage zur Volksstimme.

Mr. 41.

Magdeburg, Freitag, den 18. Februar 1898.

D. Jahrgang.

Revolutions-Chronik.

Anno 1848.

In der freien protestantischen Gemeinde in Nordhausen sind die ersten 150 Mitglieder derselben förmlich durch gerichtlichen Akt aus der Landeskirche geschieden. — Der Antrag des Dr. Schlager, wonach die Magistrats-Verhandlungen veröffentlicht werden sollen, wird vom Bürgerkolleg in Hannover gegen zwei Stimmen angenommen. — In der badischen Volkskammer meldet der Abgeordnete Richter Anträge an: 1. für Aufhebung aller privilegierten Gerichtsstände, die nicht in der Bundesakte begründet sind; 2. für Einführung eines allgemeinen Bürgerrechts auf die Verfassung, mit Inbegriff der Staatsbürger und der Militärs. — Durch bayerische Ministerial-Verfügung in Betreff der Censur der auswärtigen Zeitungen und periodischer Schriften politischen Inhalts bleiben bis auf weiteres der Censur noch unterstellt: von englischen Zeitungen nur eine, von französischen 7, von den deutschen Zeitungen 16. — Die Polizei in Mailand verbietet das Tragen der sogenannten Calabreser-, Puritaner- und Ernani-Hüte unter Androhung sofortiger Verhaftung der Zuwiderhandelnden. Ferner wird jede politische Zwecke halber beabsichtigte Volksdemonstration untersagt. Außerordentliche Festlichkeiten werden nicht gestattet.

Die Centralisation der Ortskrankenkassen.

In der am Sonntag nachmittag im Luisenpark stattgefundenen öffentlichen Versammlung sämtlicher Mitglieder aller Ortskrankenkassen Magdeburgs und der Vorstädte hielt das Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend, Herr E. Hafertorn, einen Vortrag über „Rechte und Pflichten der Arbeiter in der Krankenversicherung“. Der Referent führte etwa folgendes aus: Die Einführung und Durchführung des Kranken-Versicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 hat bekanntlich viele Schwierigkeiten bereitet, teils durch die Vielfältigkeit der Versicherungsformen, teils durch die Nachsicht der Behörde bei der Einführung desselben. Da das Gesetz forderte, daß jeder Erwerbszweig seine gesonderte Kasse hat, so stellte sich bald die Zerspaltung der Kräfte in den einzelnen Vorständen der Kassen heraus und die kleinen Kassen wurden bald durch die Thatfachen befehrt, daß sie ob ihrer geringen Mitgliederzahl sehr ungünstige Abschüsse mit den Ärzten und Apotheken erzielen und so bildete sich ein Krankenkassen-Verband. Aber auch dieser Verband sollte nicht lange bestehen, da man hieraus wiederum die Lehre zog, daß nur eine große allgemeine Kasse in jeder Beziehung günstiger leisten könnte und so ging man aus Wert zur Begründung der noch heute bestehenden allgemeinen Ortskrankenkasse. Einen Hauptgrund dazu bildeten die verschiedenen Ansichten der einzelnen Vorstände über gleiche Fragen. Die im Jahre 1884 in Leipzig bestehenden 18 Ortskrankenkassen und eine Gemeindefrankenkasse beauftragten den Krankenkassen-Verbands-Vorstand mit den nötigen Vorarbeiten. Derselbe arbeitete folgendes Memorandum aus:

Die Erfahrung hat gezeigt, daß man hier, wie auch nimmer anderswärts, zu viele einzelne Ortskrankenkassen errichte hat. Wie man aber an anderen Orten, z. B. Chemnitz, Dresden und Berlin bemerkt ist, diesen Fehler wieder gut zu machen so empfiehlt sich auch das Gleiche für Leipzig.

Die Verschmelzung der gegenwärtig bestehenden 18 Ortskrankenkassen in nur eine gemeinsame Ortskasse würde verschiedene große Vorteile bieten:

1. Die Verwaltung würde einheitlicher, übersichtlicher als jetzt, einfacher und billiger werden.

Letzteres vorwiegend in erheblichem Grade. Wenn man zunächst nur diejenigen Vereinfachungen in der Verwaltung ins Auge faßt, die sich infolge der Verschmelzung ohne weiteres ergeben würden, so sind schon hieraus größere Ersparnisse mit Sicherheit zu erwarten. So würden gewisse Arbeiten der Medizinalen, deren Kosten von ca. 10 500 Mark in der Hauptsache mit ca. 10 200 Mark den Ortskrankenkassen zur Last fallen, unnötig werden, wodurch eine Ersparnis von ca. 4000 Mark eintreten kann. Das Verteilen gemeinsamer Ausgaben auf die Konten der einzelnen Kassen wird unterbleiben; die Abrechnung mit den Ärzten, mit Krankenhäusern und den Lieferanten der Heilmittel, Drucksachen usw. wird nicht weiter nach 18 Kassen getrennt zu verrechnen sein usw., wodurch eine wesentliche Reduzierung des Beamtenpersonals und damit eine nicht unbedeutende Kostenersparnis, die auf mindestens 11 000 Mark zu schätzen ist, wird eintreten können. Auch würde in Zukunft ein jeder Arbeitgeber nur ein Konto haben und nicht bei mehreren Kassen beteiligt sein.

3. Endlich hat die Stadtgemeinde Leipzig — wenn schon sie in Bezug auf die Krankenversicherung nicht auf sich allein angewiesen

ist — doch lebhaftes Interesse an Erhaltung leistungsfähiger Ortskrankenkassen, welche alle Erwerbs- und Betriebsarten gleichmäßig umfassen.

Da aber eine dauernde Leistungsfähigkeit nur erzielt werden kann, wenn das Risiko der Versicherung mehr verteilt wird, wenn die Verwaltung billiger arbeitet, als es bisher der Fall war, so hat die Stadtgemeinde das größte Interesse an der Verschmelzung aller Ortskrankenkassen in eine gemeinsame Ortskrankenkasse. Es kommt dazu, daß die Stadt bei der ihr obliegenden Errichtung des Statuts der Ortskrankenkassen weit über die im Gesetz vorgesehene Mindestleistung hinausgegangen ist, daß sie insbesondere die freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen der Mitglieder im Statut vorgesehen hat. Die Stadt wird daher — wie zwar keineswegs feststeht, wohl aber zu erhoffen und bereits erbeutet ist — einige finanzielle Opfer bringen, wenn sie dadurch die Stellung und das Befinden der Ortskrankenkassen sichert und zugleich das Ausweichen der für alle Beteiligten, für die Gemeinde, wie für die Versicherten gleich nachteiligen und unvorstellbaren Opfer nach Lage der Sache nur einer gemeinsamen Kasse bringen können und nur unter der Voraussetzung, daß die Verringerung der Kassen bewirkt wird, daß die vorläufig an sich geringfügige Gemeindefrankenkasse in der gemeinsamen Kasse mit aufsteht. Die Stadt hat dann die sichere und beruhigende Gewissheit, daß durch die Verschmelzung aller Ortskrankenkassen und Hineinziehung der Gemeindefrankenkasse das schwierige Werk der Organisation der Krankenversicherung in feste und dauerhafte Geleise gelenkt wird.

Dieses Memorandum fand in den einzelnen Generalversammlungen einstimmig Annahme und wurde sodann an den Magistrat der Stadt Leipzig gesandt. Dieser brachte der Sache gebührende Würdigung entgegen, indem er sich nicht nur zustimmend dazu verhielt, sondern auch Verzicht leistete auf Zurückzahlung der den Kassen teilweise überwiesenen Kosten der Verwaltung von 65 000 Mk. Außerdem stellte er der Kasse bis auf weiteres 2 Beamte zur Verfügung. Die Kassen beschloßen hierauf den Zusammenschluß. Diese gemeinsame Kasse ist in 8 Klassen geteilt und gewährt 34 Wochen Unterstützung ohne Klaffung bei etwaiger Ueberversicherung. 228 Ärzte und 52 Apotheken sind angeschlossen; die unbedingte freie Arztwahl besteht insofern nicht, als die Anstellung der Ärzte nach Bedarf geschieht und jeder sich niederlassende Arzt erst ein Jahr praktisch gewirkt haben muß. Zur Prüfung der benötigten Hilfs- und Heilmittel und zur Teilnahme an den Sitzungen des Vorstandes ist ein Vertrauensarzt angestellt. Die Zwangs-Mitglieder sind vom Eintrittsgeld befreit, während freiwillige Mitglieder selbiges zu entrichten haben. Zur Erleichterung der Geschäfte sind 44 Filialen errichtet, welche die An- und Abmeldungen entgegen nehmen. Die Beiträge werden von Sammlern mit den Beiträgen zur Alters- und Invaliditätsversicherung eingezogen. Zu letzterer Einklassierung ist die Kasse vom Magistrat beauftragt und steht ihr dabei das Recht zu, Einsicht in die Lohnbücher der Arbeitgeber zu nehmen, wodurch eine gleichzeitige Kontrolle für die Einschätzung der Arbeiter in die Krankenkasse möglich ist. Da man im Laufe der Zeit schlechte Erfahrungen mit dem Einhalten der statutarischen Bestimmungen seitens der Krankenkassen gemacht und um dem Faulkonten zum wirksam entgegenzutreten, sind 16 Berufskontrolloren angestellt worden, denen noch 118 General-Versammlungsvertreter als Hilfskontrolloren zur Seite stehen. Dieses Institut ward anfangs sehr angefeindet, hat sich im Laufe der Zeit aber insofern allgemeine Freunde erworben, als die Kontrolloren den Kranken mit Rat und That zur Seite stehen. Als besondere Wohlthat für die Kranken sei hervorzuheben, daß der Kasse zwei Heilmitteln zur Aufnahme für männliche und weibliche Neuwalteszenten zur Verfügung stehen, welche von einem Arbeitgeber in hochherziger Weise gestiftet sind und nur die Deckung der Unkosten ohne jedweden Gewinn zu erfolgen hat. Von gleichem Stifter ist auch ein kleiner Badeort (Augustusbad i. S.) zu diesem Zweck angekauft. Die Kasse selbst beschäftigt sich jetzt mit der Gründung einer Lungenheilanstalt. Die Familienversicherung, welche ein Versicherungszweig der Kasse ist und jedem Familiengliede der Kassenmitglieder freien Arzt und Apotheker gewährt, hat sich sehr gut bewährt. Gegenwärtig zählt die Kasse 115 000 Mitglieder und ist man allgemein mit deren Leistungen zufrieden.

Zur Erledigung der Geschäfte hat die Kasse 190 Beamte, denen gegenüber sie wiederum in constantester Weise als Arbeitgeber auftritt. Nachdem Redner über die Wirksamkeit der Leipziger Kasse ein klares Bild gegeben und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß alle Städte Deutschlands in gleicher Weise am Ausbau der Sozialgesetzgebung mithelfen sollen, legte er die Gründe, welche die Centralisation der Krankenkassen geltend machen, klar. Vergewärtigt man sich, daß in Magdeburg 33 Ortskrankenkassen sind, deren Geschäfte von 33 Rendanten und eben so viel Vorständen besorgt werden und ziehe man die Unkosten für Drucksachen, für Generalversammlungen zc. in Betracht, so habe man schon einen hauptsächlich ins Gewicht fallenden Punkt, der die Centralisation lehrt. Nicht allein davon sei zu sprechen, daß die Rendanten die Remunerationen erhalten, sondern zu tabeln sei, daß die Arbeiter für die Kassen als Nebenbeschäftigungen erledigt werden. Das sei von unserem Standpunkt doch zu tabeln. Die Ersparrung der Verwaltungskosten sei aus folgenden Zahlen zu ersehen:

Ausgaben für die Verwaltungskosten pro Kopf im Jahre 1896.

	in Leipzig		in Magdeburg	
	%	pr. Kopf	%	pr. Kopf
a) persönliche	5,6	1,37	6,7	1,30
b) sächliche	2,0	0,48	2,2	0,43
	7,6	1,85	8,9	1,73

Ein besonders ins Feld zu führender Punkt sei auch die heutige centralistische Wirtschaftsweise, welche durch den

häufigen Arbeitswechsel dem Arbeiter viel Schaden in der Krankenversicherung verursacht, so beispielsweise, wenn ein Arbeiter aus einer Krankenkasse, der er längere Jahre angehört und die höhere Unterstützung zahlte, als die, in welche er durch den Wechsel der Arbeit hineinträte, erkrankt, so hat er die hohen Beiträge in ersterer gezahlt und aus letzterer bezieht er eine niedrige Unterstützung. Unter den hiesigen Ortskrankenkassen befinden sich eine Anzahl, welche keine 1000 Mitglieder haben; ferner sind acht Kassen vorhanden, welche mehr für Arzt und Arznei zahlen, als wie Krankengeld. Außerdem sei noch vieles andere anzuführen, was nur für Zusammenschluß der Kassen spreche. Auch die Regierung habe ein Interesse an demartigen Vorgehen, denn bereits bei Beratung des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes habe man bedauert, daß in dieser Beziehung noch nicht weitere Schritte gethan sind. Redner schloß sein Referat mit dem Wunsche, daß Magdeburg Leipzig bald folgen, wie es Chemnitz und Dresden bereits gethan.

An den Vortrag schloß sich eine Debatte, die sich im Sinne des Referats hielt. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, wonach 11 Mann gewählt werden sollten, die die nötigen Vorarbeiten zur Vereinigung sämtlicher in Magdeburg bestehenden Ortskrankenkassen durchzuführen haben und ein provisorisches Statut auszuarbeiten sollen.

Es wurde dann nachstehende Resolution angenommen: „Die heute am 18. Februar 1898 im „Luisenpark“ tagende öffentliche Versammlung aller Mitglieder sämtlicher hiesiger Ortskrankenkassen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Einmütigkeit für weitestehende Verbreitung der Rechte und Pflichten der Arbeiter in der Krankenversicherung Sorge zu tragen. Auch verpflichteten sich die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß nur solche Personen in den Vorstand zu wählen sind, welche Erfahrung auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens besitzen und die Interessen der Arbeiter voll und ganz vertreten.“ In die Kommission werden folgende Herren gewählt: Bohring (Kaufm. Krankenkasse), Reuter (Allgem. Ortskrankenkasse), Böhring (Handwerk- und Gewerbe), Bollmann (Schneider), Brückert (Schuhmacher), Dehne (Tischler und Stuhlbaner), Haertel (Landwirtsch.), Voigt (Maurer und Bauarbeiter), Herzberg (Buchbinder).

Parlamentarische Nachrichten.

Neue Artillerieforderungen.

In der Budgetkommission des Reichstags gab am Dienstag der Abg. Müller-Fulda der Meinung Ausdruck, es werde noch im Laufe dieses Jahres eine erhebliche Verstärkung der Artillerie gefordert werden. Wie dem Vorwärts berichtet wird, wurde diese Bemerkung des Abg. Müller von den Regierungsvertretern in der Kommission ohne jeden Widerspruch hingenommen. Auch die Kommissionsmitglieder nahmen keinen Anlaß, an diese Äußerung eine Besprechung zu knüpfen, was sich wohl dadurch erklärt, daß die Meinung, welcher Abg. Müller Ausdruck gab, in Reichstagskreisen allenthalben verbreitet ist. Man ist schon jetzt der Ueberzeugung, daß die Regierung beabsichtigt, mit Ablauf des Militärgesetzes vom Jahre 1893, das heißt zum 1. April 1899, neue Erhöhungen der Friedenspräsenzstärke der Armee, insbesondere eine Vermehrung der Artillerie eintreten zu lassen. Daß diese Ueberzeugung richtig ist, beweist jetzt das Schweigen der Regierungskommissare in der Kommission.

Es stehen also nicht nur Neuforderungen für die Durchführung der Umgestaltung des Artilleriematerials in Aussicht, sondern auch Neuforderungen für eine Vermehrung der Artillerie.

Die Aussicht auf diese kolossalen militärischen Forderungen läßt aber die jetzigen Marineforderungen des Herrn Tirpitz um so bedenklicher erscheinen. Auch jeder bürgerliche Politiker, der sich nicht aller Rücksichtnahme auf die Steuerkraft der arbeitenden Klassen des deutschen Volkes überhoben hält, muß sich aufs Ernstlichste fragen, ob er ein derartiges ungeheuerliches Anschwellen des Stabs des Heeres und der Marine befördern darf! —

Aus den Kommissionen.

Budgetkommission.

B. In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Dienstag die Beratung des Militäretats fortgesetzt. Kap. 19, höhere Truppenbefehlshaber, wurde auf Wunsch des Kriegsministers v. Soxler ausgestellt. Kap. 20, Gouverneure, Kommandanten und Flajmajore, wird bewilligt. Abg. Prinz Arenberg (Centr.) bemängelt die Höhe der Wohnungsmiete von 30 000 Mark, die für den Gouverneur von Berlin bezahlt werde. Das stehe in argem Mißverhältnis zu dem Gehalt von 12 000 Mark. Die große Wohnung sei nur eine Last für den Gouverneur. Generalleutnant Freih. v. Gemmingen erwidert, daß der Kontrakt zum Oktober ablaufe und nicht erneuert werden solle. Kap. 21, 22 und 23, passieren ohne wesentliche Debatte. Kap. 24, Geldverpflegung der Truppen, teilt auf Anfrage des Abg. Dr. Hammacher Major Wandel mit, daß bei der gesamten Armee das Manquement an Offizieren 4 Prozent betrage. An Assistenzärzten besteshe, wie der Referent Graf Roon mittelst, ein Manko von 97 Prozent. Aus der Mitte der Kommission wird das als ein sehr bedauerlicher Zustand bezeichnet. Dr. Lieber, Dr. Hammacher und Prinz Arenberg geben mit Anerkennung der Leistungen der Kaiser-Wilhelms-Akademie und begrüßen die Einrichtung des bei der Akademie bestehenden hygienisch-chemischen Laboratoriums, das nicht nur für den Unterricht und die Ausbildung der Sanitäts-offiziere und Stabärzten der Akademie, sondern auch für wissenschaftliche Untersuchungen und darauf zu gründende Einrichtungen im Staatsdienste von hoher Bedeutung sei. Es müsse alles geschehen, um das Manquement an Assistenzärzten zu beseitigen. Abgeordneter Nebel (Sozialdemokrat) glaubt, daß dieses Manquement darauf zurückzuführen sei, daß

*) Wegen Raumangel zurückgestellt.

Grundständig sächsische Verträge zu diesen Stellen nicht zugelassen wurden. Auch seien die Gehaltsbezüge nicht ausreichend. Seitens des Regierungsvorstandes wird erwidert, daß keine Bestimmung der Gehälter, die sächsischen Verträge auszusprechen. Udg. Bedel: Unter den Maschinen seien 50 Prozent Juden, und diese hätten auf diesem Gebiete Bedeutendes geleistet, was auch die Kaufleute nicht in Abrede stellen könnten. Der Titel „Mittelschicht“ wird darauf bewilligt. Im Fortgang der Debatte befragte Graf Moon eine Gehaltsaufbesserung der Bahnmänner, erklärt sich jedoch gegen eine Gehaltsaufbesserung der Bahnmänner, da diese Nebenmaßnahmen haben. Auch hält er es nicht für der Disziplin vereinbar, daß Militärbeamte sich mit Pensionen an den Melchiorstag wenden. Udg. Dr. Bieder will dagegen auch diesen Beamten das Pensionrecht gewährt wissen. Als „Rebuege“ sind 85 145 Mark ausgeworfen. Auf Anfrage des Udg. Dr. Baumacher erklärt Major Wandel, alle Mannschaften, die am Kaisermandat teilnehmen, erhalten je 50 Pf., die Unteroffiziere eine Mark. Diese Summe wird bei der Reuegegehalt. In Titel 26 werden für „vermählte Ausgaben“ 118 471 Mark gefordert. In Verbindung mit diesem Titel wird die Forderung des Extraordinariums besprochen: „zur weiteren Ausstattung der Armees mit Fahrrädern erste Rate 110 080 Mark“, Udg. Brüder (Centr.) hat Bedenken gegen die hohe Summe, da die Technik auf diesem Gebiete noch zu sehr in der Entwicklung begriffen ist. Der Regierungsvorstand bittet um volle Bewilligung. Sächsische General-Kommando verlangt Fahrräder. Der Ankauf von 8 Fahrrädern pro Bataillon sei keinesfalls zu hoch. Andere Staaten hätten viel mehr Räder angekauft. Wir wollen die Maßnahme mehr im Einzelnen verwenden, höchstens könne es sich um die Bildung kleiner Kompanien handeln. Der Titel wird darauf bewilligt. Bei Kap. 25 „Naturalversorgung“ teilt Udg. Weller (Soz.) mit, das Proviantamt in Hannover habe neues Getreide angekauft, es nach vermaßen lassen, dann mit etwas brauchbarer Mehl gemischt und ein verdorbenes Brot hergestellt lassen. General v. Gemmingen erklärt, daß davon regierungsfähig nichts bekannt sei. Die Brotverfälschung werde in allen Garnisonen aufs peinlichste überwacht und kontrolliert. Die drei ersten Titel des Kapitels werden darauf bewilligt. Nächste Sitzung Mittwoch.

Aus der Parteibewegung.

Der englische Sozialistenbund in Kapstadt ist gegenwärtig 28 Mann stark. — In Adelaide in Südafrika ist der Führer der sozialistischen Arbeiterpartei im südafrikanischen Parlament, **Mac Pherson, gestorben.** Pherson war ein geborener Schotte, hatte Buchdrucker gelernt und kam in seinem 22. Jahre nach der Kolonie. Er wurde bald der Führer der dortigen Gewerkschaften, leitete mit großem Geschick den Hafenarbeiterstreik im Jahre 1888 und wurde schließlich als erster Arbeiter-Abgeordneter ins Parlament gewählt. Der Dahingeklebene, der kaum 88 Jahre alt geworden ist, wurde unter großer Beteiligung der Bevölkerung Adelaides zu Grabe getragen. —

Soziale Bewegung.

Inland.

Der Verband der Berliner Schuhfabrikanten hielt am Montag abend eine Versammlung ab, um über die Forderungen der Schuhmacher zu beraten. Der Verband lehnte es ab, den Arbeitsnachweis gemeinsam mit den Gehilfen zu verwalten, da er den Arbeitsnachweis gegründet habe, um seinen Mitgliedern das unbedingte Annahm- und Entlassungsrecht zu erhalten. Beschwerden der Arbeiter über den Arbeitsnachweis sollen untersucht werden. Die übrigen Forderungen wurden abgelehnt. Infolge dieser Beschlüsse steht ein Wiederausbruch des Streiks in Aussicht. —

Zu dem Streik der Töpfer der Firma Roskin und Halle in Lindow i. d. Mark wird berichtet, daß die Firma jetzt bemittelt ist, vier von den Streitenden zu gewinnen; diese sollen nach dem bisher üblichen Lohnsatz bezahlt werden. Die Firma, die bekanntlich den Arbeitern zumutete, sich eine weitere Reduktion der ohnehin miserablen Accordlöhne um 25 Prozent gefallen zu lassen, begründete ihr Vorgehen mit ihrem Geschäftsverfall, der im verfloffenen Jahre ca. 9000 Mark betragen haben soll. Die Arbeiter werden sich aber nicht kühlen lassen und weiter aushalten. —

Der Jahresbericht des Gewerkschaftskartells in Kiel giebt eine Einnahme von 1656.93 Mark für das Jahr 1897 an, von welcher 458.52 Mark von den Gewerkschaften durch regelmäßige Beiträge aufgebracht wurden. Die Ausgabe beträgt 1390.24 Mark, davon für Streikunterstützung 458.07 Mark, für die Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen 108.50 Mark, für Agitation 221.05 Mark, für weitere Agitation 300 Mark Verwendung fanden. Der Kassenbestand betrug am 1. Februar 266.69 Mark. Außerdem gingen für die Hafenarbeiter 11 088.25 Mark als freiwillige Sammlungen ein. Organisiert waren am Schlusse des Jahres 2720 Arbeiter. —

Die Feste gegen die Gewerbegerichte, die eine Zeitung gerührt hat, wird von der großkörnlichen Kölnischen Zeitung wieder aufgenommen. Sie fordert nichts weniger als Abschaffung der Wahlen der Gewerbegerichtsbeisitzer und Berufung bez. Auswahl derselben, ähnlich wie bei den Schöffen und Geschworenen, und Unterstellung der Gewerbegerichte unter das Justizministerium. Wenn man von Gewerbegerichten das Vertrauen, daß sie sich nicht nur bei den Arbeitern erworben haben, rauben will, dann schaffe man die Wahlen ab. Als Arbeit in den sozialen Frieden stellen sich die Vorschläge der Kölnischen Zeitung nicht dar. Eine schwarze Liste der Denunzianten beabsichtigen die Berliner Wäckermeister zum Schutze gegen diejenigen Bäckerei-Arbeiter, Gesellen und Lehrlinge, welche gewohnheitsmäßig gegen ihre Arbeitgeber wegen Ueberziehung der Vorschriften über den Maximalarbeitszeit Anzeigen erstatten. — Wie schwer doch den „Kugelrunden“ Wäckermeistern das bisherige Einschränkung ihrer Ausbeutungsfreiheit ankommt. —

Ausland.

Für die englischen Maschinenbauer sind bei der Generalkommission bis zum 10. Februar insgesamt 116 113,16 Mark eingegangen. Da der Streik bezw. die Aussperrung beendet ist, erklärt jetzt die Generalkommission die Sammlungen für geschlossen. Die noch eingehenden Gelder werden dem Streikkomitee noch zugesandt werden. —

Woran das Volk leidet.

In der letzten Nummer der Zeitschrift Nuova Antologia hat der italienische Exminister Billari mit der ihm eigenen

umfassenden Kenntnis der ganzen einschlägigen Gesetzgebung des Auslandes und mit eindringendem Verständnis der sozialen Zustände eine Arbeit über die Fabrikunfälle und die Arbeiterschutzgesetzgebung in Italien veröffentlicht. Gegenüber den Fortschritten, die diese Gesetzgebung in anderen Ländern gemacht hat, findet er ihren Zustand in Italien beschämend und bellagendwert, was nach seiner Meinung hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß „gegen alles, was soziale Gesetzgebung heißt, in Italien eine weit größere Abneigung und Gegnerschaft vorhanden ist, als man glaubt“. Thatsächlich hat man oft genug beobachtet können, daß bei der Erörterung des Unfallgesetzes, das bereits mehrmals eingebracht, abgelehnt, zurückgezogen, wieder eingebracht, aber nie zur Verabschiedung gekommen ist, der Minister fast allein als Vorkämpfer auftrat, auf den Vätern der Kammer aber sich nur Widerspruch oder Bedenken erhoben und sogar keine Kollegen Gleichgültigkeit oder Widerstreben zeigten. Billari hat keine große Hoffnung auf baldige Brechung dieses Widerstandes; denn „an öffentlichen und staatlichen Leben haben in Italien ungeachtet der Ausdehnung des Wahrspruchs nur wenige Anteil, die sich als die Herren der Gesellschaft betrachten und auch sind, da sie sie thatsächlich in ihrem Eigeninteresse beherrschen“ — eine Anklage, wie sie bisher in solcher Schärfe nur von den Sozialisten erhoben worden ist, aus dem Munde eines ehemaligen Ministers aber besonders erbaulich klingt. — Es ist merkwürdig, wie genau manche Menschen unerträgliche politische Mißstände erkennen können, wenn sie nicht mehr Minister sind. Wir haben Bismarck und Verelisch — Italien seinen Willen! —

Aus Handel und Industrie.

Dividenden. Verwaltungsseitig werden für 1897 vorgeschlagen: Polener Provinzialbank 5 Prozent (i. B. 4 1/2 Prozent), Frankfurter Bank 8 1/2 Prozent (i. B. 7,7 Prozent), Deutsche Hypothekbank in Berlin wieder 6 Prozent, Württembergische Baumwollspinnerei und Weberei in Esslingen 6 1/2 Prozent (i. B. 10 Prozent), Fahrradfabrik Sibirer in Stettin auf das um 500 000 Mark erhöhte Kapital 10 Prozent (i. B. 12 Prozent), Steinsalzbergwerk Zwodrazlaw 3 1/2 Prozent = 15 Mark (i. B. 4 Prozent), Bergwerksges.-Konfolidation bei Schalle 18 Prozent (i. B. 15 Prozent), Thüringer Goebel 12 Prozent, Schles. Bodenkreditbank 7 1/2 Prozent (i. B. 7 Prozent) bei 102 768 Mark Rücklage und 75 000 Mark Ueberweisung an den Pensionsfonds. Die Oberschlesische Eisenbahndarlehngesellschaft erzielte im Jahre 1897 einen Bruttogewinn von 2 172 567 Mark (i. B. 1 698 783 Mark), wozu 65 000 Mark (39 000 Mark) Gewinn aus den Milowicer Aktien treten. Der Aufsichtsrat beschloß, 1 012 805 Mark Abschreibungen (825 408 Mark), 6 1/2 Prozent Dividende (5 Prozent) und 60 224 Mark (i. B. 38 176 Mark) vorzutragen. Nach Mitteilung der Direktion sind die Werke bis Mitte des laufenden Jahres befriedigend beschäftigt. — Der Aufsichtsrat des Schles. Bankvereins schlägt 7 1/2 Prozent Dividende vor. — Die General-Versammlung der Doppelner Portland-Cement-Fabriken vorm. F. W. Grundmann genehmigte die sofortige Verteilung der Dividende von 11 Prozent, sowie die Aufnahme einer Prioritäts-Anleihe von 1 000 000 Mark zur Tilgung des Restes der 4 1/2-prozentigen Anleihe vom 30. Juni 1891 und Beschaffung der Kosten für die Rekonstruktion und Erweiterung der zu Doppelner gelegenen Cementfabrik. — Der Aufsichtsrat der Frankfurter Bank beschloß, eine Dividende von 8 1/2 Prozent gegen 7.70 Prozent im Vorjahre vorzuschlagen. —

Gerichtliche Urteile.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 15. Februar 1898. Der Eintritt ist nur gegen Karten gestattet.

Der Schwurgerichtshof wird gebildet durch den Landgerichtsdirektor Hahn als Vorsitzenden, den Landgerichtsräten Meinhard und Dr. Fränkel als Beisitzer, den Gerichtsassistenten Lehmann als Gerichtsschreiber. Die königliche Anklagebehörde vertritt der Staatsanwalt Kessel. Die Verteidigung führt der Rechtsanwalt Nebes. Angeklagt wegen Mordes ist der wiederholt vorbestrafte, gelernte Tuchmacher, frühere Karussellgehilfe, jetzige Cigarrenmacher Alfred Seyler aus Calbe a. S. Er ist am 2. März 1866 zu Stehlow, Kreis Kiew in Rußland, geboren und unverheiratet. Ihm wird zu Last gelegt, am 2. Juni 1897 in dem Kiefernwalde zwischen Wahlitz und Gommern seine frühere Braut, die unverheiratete Frieda Baumgardt vorfährlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. Der Angeklagte lernte zu Calbe a. S. die damals 20 Jahre alte Frieda Baumgardt kennen, die bei ihrem natürlichen Vater, dem Hofschlächter Hoffmann daselbst, ganz als vollbürtige Tochter erzogen war und gehalten wurde, während ihre Mutter nach Amerika gegangen ist und dort einen Farmer in Calabonien geheiratet hat. Frieda Baumgardt, ein heiteres lebenslustiges Mädchen, ließ sich verleiten, mit dem Angeklagten, da sie sich heiraten wollten, zusammen zu ziehen und ihm Geld zu borgen. Seyler kehrte aber bald seinen eiferfüchtigen gewaltthätigen Charakter wieder heraus. Er quälte und mißhandelte das Mädchen in jeder Weise. Sechs Monate hielt sie es bei ihm aus, da kam ein Brief ihrer Mutter aus Amerika, worin diese die Tochter bat, zu ihr herüber zu kommen. Sie beschloß dem Rufe Folge zu leisten, ließ ihre Sachen am 23. Mai 1897 heimlich von Seyler fortbringen und ging bis zu ihrer Abreise zu ihrer Tante, der verehelichten Schuhmacher Gärtners in Wahlitz auf Besuch. Hier war sie sehr vergnügt, freute sich sehr auf Amerika, äußerte aber nie Selbstmordgedanken. Der Angeklagte war furchtbar wüsten, als er die Flucht seiner Geliebten bemerkte, er schmiedete allerlei Mordpläne und begab sich am 2. Juni nach Wahlitz, wo er hörte, die Baumgardt sei mit Gärtners nach Magdeburg auf den Handel. Er folgte ihnen und traf sie auch, schloß sich ihnen an und ging mit Frieda meist Hand in Hand hinter dem Gärtnerschen Wagen her bis Königshorn, dort aber blieb er gegen 6 1/2 Uhr

abends zurück. Buvor hatte er mit der Baumgardt verabschiedet, sie wollten sich an demselben Abend noch einmal in Wahlitz treffen, und er wollte ihr einen Teil des Geldes abgeben, das sie noch von ihm bekäme. Gegen 10 Uhr wurde der Angeklagte dann mit Frieda Baumgardt in Wahlitz am Karussell gesehen, von wo aus er die Dorfstraße nach Gommern zu mit ihr entlang ging. Das Mädchen lehrte nicht heim, und ihre Verwandten glaubten, sie wäre wohl mit Seyler wieder nach Calbe zurückgekehrt. Etwa um 10 1/2 Uhr hörten die im letzten Hause von Wahlitz wohnenden Leute einen Ausschrei, wie von einer weiblichen Stimme, der in der Richtung vom Walde her ängstlich und durchdringend klang. Am Morgen des 3. Juni um 1 1/2 Uhr ging der Bahnwärter Schröder durch das umfangreiche Kieferngehölz, östlich der das Dorf Wahlitz mit Gommern verbindenden Chaussee, und zwar den Fußweg nach Wöthen zu. Er bemerkte etwa 11 Schritte von dem Wege und etwa 112 Schritte von der Chaussee etwas Auffallendes, trat hinzu und stand vor der Leiche der Frieda Baumgardt. Die Unglückliche war durch Streifen einer Schürze und gelbe Cigarettenbänder, die um ihren Hals geschlungen waren, an den Ästen einer Kiefer gehängt, aber nur etwa 1 1/2 Meter über den Erdboden, sodaß sie sich in halb stehender Stellung befand. Schröder elkte in das Dorf und benachrichtigte die Behörde. Gegen Mittag als Beamte und Dorfbewohner im Walde um die Leiche der Baumgardt versammelt waren, elkte plötzlich der Angeklagte furchtbar aufgeregt von der Chaussee her hinzu und rief: „ich bin derjenige, der das Mädchen tot gemacht hat, jetzt schiese ich mich tot“, sofort schoss er auch aus einem Revolver zwei Kugeln nach seinem Kopfe ab, von denen eine in seinen Kopf einbrang, sodaß er zusammenbrach. Der Amtsvorsteher Schröder und der Inspektor Ludwig machten sich sofort mit dem verwundeten an der Erde Liegenden zu schaffen und fragten ihn, ob er das Mädchen getötet habe. Seyler konnte zwar nicht mehr sprechen, machte aber bejahende Zeichen. Dieses Geständnis, das er abgelegt hatte, als er sich für einen Sterbenden ansah, widerrief der Angeklagte, sowie er bemerkte, daß er wieder gehellt werden würde. In der Verhandlung bleibt der Angeklagte dabei, er sei unschuldig, alle ihn belastenden Zeugen sagen die Unwahrheit und entweder hätten Gärtners das Mädchen in den Tod getrieben oder ein anderer Schatz, der große Unbekannte, habe sie ermordet. Das alles trotzdem bewiesen wurde, daß die Gärtners, die erst im März 1896 von der Erstzinstochter der unehelichen Tochter ihrer Schwester bezw. Schwägerin gehöhrt, sich des Mädchens freundlich angenommen hatten und daselbst sich dort sehr glücklich gefühlt, auch andere Liebhaber als Seyler nicht hatte. Erstaunlich ist die Unversorgtheit desselben, mit der er auf jede ihn belastende Aussage eine Antwort hat.

(Schluß des ersten Verhandlungstages.)

Gewerbegericht Magdeburg.

Die Kochmamsell F. hatte von dem Hotelier Koch noch einen Restlohn von 34 Mark zu fordern. Beklagter sandte, nachdem die Klägerin klagbar geworden war, dieser den Restlohn zu. — Die Maurer H. und J. verlangten von dem Maurermeister Heise ein Arbeitszeugnis. Beklagter schickte den Klägern ein solches zu. — Der Arbeitsbursche und Kellerlehrling B. ist vom 15. April v. J. bis 1. d. M. bei dem Restaurateur Schulz (Faschlosberg) thätig gewesen. Er verlangt, da ihm pro Monat 6 Mark Lohn zugesagt waren, 57 Mark Restlohn. Beklagter behauptet, Kläger habe ihn bestohlen, ferner habe er dem Kläger für 36 Mark Sachen gekauft. Wieviel Kläger gestohlen haben sollte, konnte Beklagter nicht angeben. Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 57 Mark zu zahlen. Die dem Kläger ohne dessen Einwilligung gekauften Sachen können nicht in Abzug gebracht werden, da nach der Gewerbeordnung der Lohn in barem Gelde gezahlt werden müsse; bezügl. des Diebstahls kann der Beklagte auch keinen durch den Kläger verursachten Schaden nachweisen, so daß seine Verurteilung erfolgen mußte. — Der Arbeiter M. ist am 7. d. M. von dem Bauunternehmer Becker ohne Kündigung entlassen; er fordert deshalb für 14 Tage 50.40 Mark Entschädigung. Durch Namensunterschrift ist die gesetzliche Kündigungsfrist ausgeschlossen, bezgl. entlagte sich auch Kläger etwaiger Ansprüche. Da ihm jedoch dadurch, daß der Beklagte ihm seine Invalidentarte zwei Tage zu spät ausgehändigt hatte, Arbeit entgangen ist, verlangt er für diese zwei Tage Entschädigung. Beide Parteien vergleichen sich auf 4.80 Mark, die Beklagter zu zahlen hat. —

Militärische Nachrichten.

Andreas Heimüller aus Thulbe bei Hammelburg, Unteroffizier in der 5. Compagnie des 5. Infanterie-Regiments in Bamberg, verfehte dem Soldaten Burtard Straub Schläge ins Gesicht, daß er Nasenbluten bekam; Ohrspeigen und Stöße mit dem Säbel gegen den Unterleib bildeten die Dreingabe. Dem Gemeinen Michael Böller brachte Heimüller durch Stöße mit der Faust die richtige Kopfhaltung bei. Böller wurde auch von Heimüller gedrosselt. In derselben Weise wurden eine Anzahl anderer Soldaten mit Faustschlägen und Säbelschlägen gegen Gesicht und Unterleib mißhandelt. Die Mißhandelten wurden von ihren übrigen Vorgesetzten als willige, fleißige und tadelfreie Leute geschilbert. Heimüller, bei einem Diebstahl abgefaßt, leugnete trotz des erdrückenden Beweismaterials alles ab und suchte einen Gefreiten der Anstiftung der Soldaten zu falschen Angaben zu bezichtigen. Das Urteil des Militärgerichts in Würzburg lautete auf vier Monate Gefängnis, Degradation und Versetzung in den Stand eines Soldaten zweiter Klasse.

Die Frauenpost.

Pd. Jüngst kam mir zufällig im Sprechsaalartikel in Form eines Verzes eine Aufforderung zum Benefiz des Herrn Alving zu Gesicht, unterzeichnet war derselbe mit Emmy P., Vorsitzende des Mittwoch-Kaffeekränzchens in der

Auguststraße. Da wäre wohl nun gar nichts gegen einzuwenden, daß sich die Damen versammeln, Neben halten und sogar eine Vorlesende wählen, wenn man uns das gleiche Recht ließe. Aber wie wir uns vor einigen Jahren unsere Frauen-Vereine einrichteten, da kam gleich die aufmerksame Polizei und bestrafte unsere unschuldigen Zusammenkünfte sogar mit Geldstrafen. Wir waren noch nicht einmal so weit gegangen, daß wir eine Vorlesende gewählt hätten. Es wurde weiter nichts gethan, als daß eine Frau aus einem belehrenden Buche vorlas und wenn jemand von uns eine Stelle nicht verstehen konnte, dann wurde dieselbe von einer anderen, die es eben konnte, klar gelegt. Ich glaube nun noch nicht einmal, daß im Verein der Kaffeetränkchen-Damen derartig wissenschaftliche Bücher als Grundlage zur Unterhaltung dienen, sondern wie ich mich aus meinen Mädchenjahren her erinnere, wurden in den Besessenen der feineren Damen nur französisch pikante Bücher gelesen. Manchmal wurden dann noch extra Herren dazu geladen, um die Damen auch noch auf andere Weise zu unterhalten. Sogar ein auch uns bekannter Schriftsteller, Verfasser von dem Roman: „Ein Weib“, kam des öfteren zu dieser französischen Besessenen und gab da richtige Vorstellungen; aber nicht etwa belehrende, sondern nur unterhaltende. So z. B. trug er in Form einer Predigt die Annoncentelle einer Zeitung vor, er sprach verschiedene ländliche Dialekte, machte mit täuschend ähnlichen Tönen nach, wie der Tischler hobelt, wie der Fahn kräht, wie die Biene medert und noch verschiedene andere Sachen. Ich will hier nur kleine Beispiele geben, wie so sehr geistreich die Unterhaltung war. Wir Arbeiterfrauen haben natürlich nicht so große eigene Salons zur Verfügung, daß wir unsere Besessenen bei uns selbst arrangieren könnten, wir sind gezwungen, in öffentliche Vereinszimmer zusammenzukommen, um unsere Bildungs- und Belehrungsbedürfnisse zu befriedigen. Aber auch das dürfen wir noch nicht einmal ungestraft, gleich kommt da die hochwühlbällische Polizei und verlangt, daß wir nur unter ihrem besonderen Schutze unseren Lerntrieb befriedigen. Eigentlich sehe ich auch gar nicht ein, warum wir das nicht thun. Denn ich kann wohl sagen, sobald ich mich unter dem beschützenden Schutze weise, dann bin ich so recht beruhigt. Dann weiß ich bestimmt, daß mit nichts Unrechtes geschehen kann.

Die Berner Tagwacht veröffentlichte vor einiger Zeit Schilderungen von dem teuflischen Treiben des Vorstehers Torbi in der Mädchen-Erziehungsanstalt Kehrsatz bei Bern. Daraufhin wurden, wie Genosse Dr. Wassiljew als Zeuge in dem Prozesse aus sagte, Versuche gemacht, den Hauptzeugen mit 1000 bis 2000 Frank zu kaufen, damit er schweigt, und als dies mißlang, wurde er durch Androhung mit Ausweisung, da er Ausländer ist, einzuschließen versucht, doch auch dies mißlang. Es kam deshalb doch zum Prozesse und die Verhandlungen enthielten solche Schenlichkeiten, daß die Bestie in Menschengestalt zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Ohne die Sozialdemokraten würde Torbi noch heute die Mädchen foltern.

Infolge wiederholter Eingaben der schwedischen Frauenvereine wurden zu Anfang Januar und Februar d. J. in Stockholm, Helsingborg, Trelleborg und Malmö für den Dienst der Sittenpolizei noch eine größere Anzahl weiblicher Beamte angestellt, so daß jetzt in diesen Städten die behördliche Behandlung der unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Personen fast ausschließlich von Frauen ausgeht wird.

Kleine Chronik.

Auf dem Eise des Rulmer Sees bei Marienwerder sind fünf Kinder eingebrochen und ertrunken. — Im Gasthaus zu Schöndorf (Schlesien) gab ein Mann einem arbeitslosen Schmiedegehilfen, der beim Kartenspiel zufach, einen Stoß, daß dieser mit dem Kopf gegen die Wand stieß und infolge Schädelbruchs auf der Stelle starb. — Am Montag wurden in Gms und Montabaur Erbsitze verpönt. — Am Sonnabend ist auf dem Hochplateau der Rag ein Beamter des Wiener Finanzministeriums in einem Schneesturm erfror. — Eine Schneelawine hat im Distrikt von Adische-Abao (Klein-Asien) im Dorfe Sari mehrere Häuser verschüttet. 20 Personen fanden den Tod unter den Trümmern. — Der österreichische Lloyd-Dampfer „Medusa“ ist bei den Andamanen-Inseln (Vorder-Indien) gestrandet.

Ein politisches Frühstück.

Der Abgeordnete Krupp gab im Hotel Bristol am Sonntag nachmittag 1 Uhr etwa 250 Personen ein Frühstück. Fast sämtliche Minister und eine große Zahl von Notabilitäten Berlins, darunter auch eine Anzahl Abgeordneter, waren anwesend. Es waren einzelne Tische aufgestellt, an denen je 10 bis 12 Personen Platz nahmen. Bei jedem Couvert stand ein kleines, anmutig mit Weichen geschmücktes Schiff oder eine Kanone ein miniature, statt mit Verberben bringendem Geschosse mit Weichen und anderen Blumen geladen. Außerdem prangte noch auf jedem Tisch ein größeres Blumenschiff. Während der Tafel konzertierte die Hauskapelle. Nachher fand eine Spezialitätenvorstellung statt, bei welcher Künstler vom Central-Theater und vom Wintergarten, Tiroler Sänger, Megerminstrels und eine italienische Konzertgesellschaft auftraten.

Herr Krupp ist in der glücklichen Lage, ein Jahres-einkommen von 7 Millionen Mark zu versteuern. Seine Mittel erlauben es ihm daher, ein Frühstück von der hier geschilderten Art in Scene zu setzen. Wer es der „Schraube ohne Ende“, an der alle Kulturnationen brechen, verdankt, daß sein Geschäft jährlich so viel einbringt, der darf auch die Kunst leben lassen, die bekanntlich nach Brot geht — bemerkt hierzu die Volks-Zeitung. Mag dieses Frühstück auch eine Million verschlungen haben, Herr Krupp weiß nur zu gut, daß er dieserhalb nicht zu Grunde geht — waren doch Minister und Volksvertreter zugegen. Unsere Leser mögen diese kleine Episode aus dem Leben unserer Flotten-enthusiasten in Verbindung bringen mit dem Berliner Momentbild, worüber wir an anderer Stelle berichten.

Zur Selbstkontrolle beim Rechnen.

Von M. A. N. g. e. R. d. n. a. M.

Im allgemeinen haben die vielen Rechenkunststücke, die zur Unterhaltung und Belehrung hier und da gepflegt werden, wenig oder gar keinen praktischen Wert. Sie sind nichts weiter als unterhaltende Spiele, die uns über die Dangelwelle der Abende hinwegtäuschen sollen. Immerhin giebt es jedoch einige Rechenkunststücke, die praktisch anwendbar sind und dem geplagten Zahlenmenschen wesentlich an seiner kostbaren Zeit ersparen. Eins dieser Kunststücke, die übrigens stets ihre Erklärung auf recht einfache Weise finden, ist die Rückprüfung von Divisionen und Multiplikationen.

Um bei den ausgeführten Multiplikationen, wo es auf Genauigkeit ankommt, seiner Rechnung sicher zu sein, wird man meistens die Rechnung in umgekehrter Reihenfolge noch einmal machen, was aber bei großen Zahlen oder kubischen Rechnungen sehr zeitraubend ist. Um dieses zu ersparen, kann man nachfolgende Methode zur Selbstkontrolle anwenden. Ich bemerke ausdrücklich Selbstkontrolle, da sie zur Kontrolle eines andern, wie sich auch nachher aus der Rechnung ergibt, nicht ausreicht.

Nehmen wir an, die beiden Zahlen 388.428 sind zu multiplizieren. $388.428 = 16.5288$. Statt jetzt die Sache noch einmal zu rechnen, abbriere ich die Quersumme der beiden Faktoren einzeln zusammen, bis nur noch eine Ziffer bleibt. Diese beiden Zahlen, die man mit dem Namen Grundzahlen benennen kann, werden untereinander multipliziert, und wenn als Produkt eine zweiziffrige Zahl herauskommt, so wird diese wieder auf eine Stelle abdiert. Die Quersumme des Produkts wird auch so lange abdiert, bis nur noch eine Ziffer übrig bleibt. Diese Grundzahl des Produkts muß dieselbe Ziffer sein wie die multiplizierten Grundzahlen der Faktoren A und B. Der Faktor A besteht aus den Zahlen 388, die Quersumme ist also $3 + 8 + 8 = 19 = 1 + 9 = 10 = 1$, die Grundzahl des Produktes A ist also 1. Faktor B ist gleich $4 + 2 + 8 = 12 = 1 + 2 = 3$. Die beiden Grundzahlen 1 und 3 mit einander multipliziert giebt $1 \cdot 3 = 3$, also mußte 3 die Grundzahl des Produktes C sein. C besteht aus 16,5288, also $1 + 6 + 5 + 2 + 8 + 8 = 30 = 3$; das Resultat stimmt also.

Hat man sich in der Addition oder Multiplikation verrechnet, so hat man in der Grundzahl des Produkts diese Zahl mehr oder weniger, je nachdem sie als plus oder minus gerechnet wurde. Die einzige Möglichkeit zu einem Irrtum besteht nur dann, wenn man sich um 9 irren würde. Die Zahl 9 ändert im Resultat nichts, überhaupt spielt gerade die Zahl 9 bei dieser Rechenweise eine sonderbare Rolle; sobald man irgendwo mit 9 eine Zahl multipliziert, so kommt als Gesamtzahl immer 9 heraus.

Bei der Addition der Quersumme ist es von Vorteil, daß man, um keine großen Zahlen zu bekommen, eine etwa vorkommende 9 einfach fortläßt, denn das Resultat ändert sich durch die 9 nicht; z. B. $8 + 9 = 17 = 1 + 7 = 8$, $8 + 9 = 12 = 1 + 2 = 3$.

Nun noch einige Beispiele zum bessern Verständnis, und dann möge jeder Kollege die Sache selbst auf ihre Wichtigkeit hin prüfen.

- Rechenzahlen:
 $83 \cdot 84 \cdot 86 = 40892 = 4 + 3 + 9 + 2 = 18 = 1 + 8 = 9$
 Grundzahlen:
 $6 \cdot 7 \cdot 9 = 6 \cdot 7 = 42 = 6 \cdot 9 = 54 = 9$
 Rechenzahlen:
 $9,75 \cdot 7,85 = 765875 = 7 + 6 + 5 + 8 + 7 + 5 = 38 = 3 + 8 = 6$
 Grundzahlen:
 $8 \cdot 2 = 6$

In der Praxis ist die Geschichte nun insofern einfacher, als ich beim Abbieren die ersten 3 Ziffern im letzten Resultat fortlassen kann, denn $7 + 6 + 5 = 18 = 9$, also brauche ich diese nicht, sondern zähle weiter $8 + 7 + 5 = 15 = 1 + 5 = 6$. (Wertmeister-Zeitung.)

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine gutbesuchte Versammlung der Sektion der Klempner und der Filiale Magdeburg-Wilhelmstadt des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagte am 12. d. M. bei Großhumm. In derselben hielt Genosse Haupt einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die kapitalistische Produktionsweise und deren Einwirkung auf die Befreiung der sozialen Zustände. Beim 3. Punkt der Tagesordnung wurde hauptsächlich die bei einer Firma vorgekommene Maßregelung eines Kollegen besprochen. Es können aber der geringen Angehörigkeit zum Metallarbeiterverband der dort beschäftigten Arbeiter halber, keine weiteren Schritte gethan werden, weshalb von verschiedenen Rednern zur regen Agitation für die Organisation aufgefordert wurde. Zum Schluß wurde noch erwähnt, daß nächsten Sonnabend, den 19. Februar, das Stiftungsfest der Sektion der Klempner in Friedrichslust stattfindet.

Eine öffentliche Versammlung fand am 12. d. Mts. in Burg statt. In derselben referierte Genosse Glode-Berlin über den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referate wurde erwähnt, daß die Behörden einer großen Anzahl von Arbeitern Aufforderungen zugesandt haben, innerhalb 4 Wochen 10 Mark zu bezahlen, wofür den Bezählenden das Bürger- und Wahlrecht in kommunalen Angelegenheiten gewährt werde. Ueber die Tätigkeit des Gewerkschaftsrates berichtete Genosse Niegefohl. Nach demselben hat die Zahl der organisierten Arbeiter sich von 880 im April 1895 auf 1400 im Anfang dieses Jahres gehoben. Die Einnahmen und Ausgaben in dieser Zeit betragen 2500 Mark. Nachdem noch Gorgas die Versammlung aufgefordert hatte, für die Verbreitung der Volksstimme zu sorgen, erfolgte Schluß.

Freitag, 18. Februar:

- Freie Turnerschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Turnstunde im „Hoflager“.
- Turnverein „Jahn“, Groß-Otterleben. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde.
- Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im Luisenpark.
- Arbeiter-Turn-Verein Bennedensied. Dienstag und Freitag Turnstunde.
- M. Neufährter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Liederkunde im Weißen Hirsch.
- Turnverein „Jahn“, Sudebnitz. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde in der „Pöhlner Bierhalle“, Schöningestraße 23.
- Arbeiter-Turnverein „Angora“. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Mühlentstraße.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Jernstedten. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Bausch.
Arbeiter-Turnverein Döbenstedt. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei W. Hirschfeld.
Arbeiter-Turnverein Salze und Umgegend. Jeden Freitag, abends 7 1/2 Uhr Diskutierabend im Gasthof zum Weißen Hirsch in Westphalen. Sehr willkommen.

Situationsberichte der Gewerkschaften in Magdeburg für das Jahr 1897.

Verband der Fabrikarbeiter.
 Die noch junge Filiale Magdeburg sieht auf ein arbeits- und kampfreiches Jahr zurück. Die Filiale, welche am 1. Januar 1897 93 Mitglieder zählte, hatte im Berichtsjahre 3 Streiks zu bestehen. Einer derselben entsand durch eine Lohnbifferenz, zwei andere durch Maßregelung von Verbandsmitgliedern. Am ersten Streik beteiligten sich 120 Mitglieder. Gefordert wurde statt des bisherigen Recordlohn-Systems die Einführung eines Tagelohnes von 4 Mark. Der Streik wegen Lohnbifferenz endete mit einem teilweisen Erfolg. Der erste Streik wegen Maßregelung endete ganz zu Gunsten der Streikenden, während der zweite erfolglos blieb. Die Lohnbewegung verursachte Kosten in Höhe von 1238 Mark. — An Verfolgungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft ist zu berichten: Anklagen wurden erhoben gegen 14 Mitglieder. Freigesprochen wurden 9 Personen, verurteilt 5 Personen zu insgesamt 8 1/2 Monate Gefängnis. Geldstrafe durch die Polizei wurden insgesamt gegen 4 Personen 60 Mark (4x15) verhängt. Dieses sind jedoch nicht alle Verfolgungen. Zu erwähnen wäre noch das Handeln des Magistrats gegen die am Fabrikarbeiterstreik beteiligten gewesenen Arbeiter. All die Verfolgungen haben jedoch zur Stärkung der Organisation beigetragen. Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende des Jahres 1897 225, also gegen Anfang 1897 132 mehr.

Wasserstände.

	Orte.	15. Febr.	16. Febr.	17. Febr.	18. Febr.
Außig	15. Febr.	+ 0,66	+ 0,82	0,04	—
Dresden	„	— 0,62	— 0,60	—	0,02
Torgau	„	+ 1,06	+ 1,60	0,06	—
Wittenberg	„	+ 2,49	+ 2,38	0,10	—
Hoflau	„	+ 2,14	+ 2,00	0,14	—
Borbis	„	+ 2,68	+ 2,64	0,04	—
Schönebeck	„	+ 2,45	+ 2,40	0,05	—
Magdeburg	18. „	+ 2,25	+ 2,10	0,15	—
Tangermünde	15. „	+ 3,22	+ 3,10	0,12	—
Wittenberge	„	+ 3,12	+ 2,96	0,16	—
Dömitz, Pegel	„	+ 2,96	+ 2,84	0,12	—
Lauenburg	„	+ 3,02	+ 2,92	0,10	—

Unterhaltungssteil.

Tod für Tod.

Roman von Arthur Bapp.

Die Stimme des Präsidenten unterbrach die Gedanken des jungen Mädchens.

„Hat noch einer der Anklagten etwas zu seiner Entschuldigung anzuführen?“ fragte er.

Da sprang ein blutjunger Student mit gleichem intelligentem Gesicht und blühenden, kohlschwarzen Augen, Zwan Grinewick, von der Anklagebank auf und sich zu den Richtern wendend, rief er leidenschaftlich: „Ich protestiere gegen dieses ganze gerichtliche Verfahren. Unser Prozeß gehört nicht vor den Senat, sondern vor das Geschworenengericht. Ich protestiere gegen die ungeschickliche Handlungsweise des Präsidenten, der die Öffentlichkeit ausgeschlossen, der die Vertreter der Presse aus dem Gerichtssaal verwiesen hat. Diese ganze gerichtliche Prozedur ist ein Hohn auf die Gerechtigkeit, eine elende Komödie. Wir sind nicht die Verbrecher, sondern die Verbrecher seid Ihr, die Verbrecher sind alle die, die gegen Recht und Gesetz handeln, die den Staat kompromittieren und das russische Volk zu Grunde richten.“

Der Präsident winkte den Gen darmen, die im Anklageraum postiert waren und die nur des Zeichens gewartet hatten, um den kühnen Redner zu packen und mit Gewalt aus dem Saal zu zerren. Aber die anderen Angeklagten sprangen auf und leisteten ihrem Genossen Hilfe. Wilde Flüche ertönten, ein betäubender Lärm erhob sich und zwischen Gen darmen und Angeklagten fand ein wütendes Handgemenge statt.

Die Uebermacht flegte. Ein halbes Duzend der Angeklagten wurde abgeführt, auch die Zuschauer mußten sich auf Anordnung des Präsidenten entfernen. Warwara Sergejewna Perowksa, die Mutter der Angeklagten, wurde ohnmächtig aus dem Saal getragen.

Nachdem die Ruhe wieder hergestellt worden, zogen sich die Richter zur Beratung zurück. Das Urteil, das eine Stunde später verkündet wurde, fiel mißler aus als selbst die Angeklagten erwartet hatten. Die jüngeren, darunter Sophia von Wschern und Sophia Perowksaja, wurden freigesprochen, die anderen teils zu Gefängnisstrafen verurteilt, teils nach Sibirien verbannt.

Die beiden jungen Mädchen sanken einander, von ihren Gefühlen überwältigt, in die Arme. Frei, frei! Nach einem einjährigen Martyrium, nach unendlichen körperlichen und seelischen Leiden und Entbehrungen winkte ihnen die goldene Freiheit. Der Nachschpäre roher Gen darmen und Gefängniswärter entrückt, durften sie wieder unter gestirnten Menschen leben. Frei umhergehen zu können, in geordneten Verhältnissen zu leben, von der Liebe der Angehörigen umgeben, welche Wonne!

Flüche und laute Verwünschungen weckten die jungen Mädchen aus ihrem Freudentaumel. Die Verurteilten wurden von den Gen darmen abgeführt. Ueber die noch eben freudestrahlenden Gesichter der beiden Freigesprochenen glitt ein trüber Schatten. Sophia Perowksaja schaute plötzlich an der Hand gefaßt.

„Leben Sie wohl!“ sagte Andrei Scheljabow und senkte den Blick seiner dunklen, ernsten Augen tief in die ihren. „Vergessen Sie das arme, russische Volk nicht, Sophia Swanowna!“

Das junge Mädchen brückte dem Gefährten, der zu dreijähriger Gefängnisstrafe verurteilt war, erschütterte die Hand. „Auf Wiedersehen, Andrei Swanowitz!“ flüsterte sie tief ergriffen.

Ein Gen darm packte den Verurteilten am Arm und drängte ihn vorwärts. An der Thür drehte er sich noch

einmal um, noch einmal sah sie in das männlich schöne, fein geschnittene Gesicht mit den energischen Zügen und dem Ausdruck eines unerschütterlichen Mutes.

Sophia von Wschern und Sophia Perowskaja traten ins Freie. Eine große Menschenmenge wogte noch immer auf dem Senatplatz und begriffte die verurteilten Missethäter mit lautem Zureden. Verurteilte Wardenen erleben die Menge nicht.

Eine lange Reihe von Schlitten hielt am Plage und mit mühsamster Eile wurden die Verurteilten in die Gefährte gehoben und gesteuert und fort ging es mit Wütheschneile.

Sophia Perowskaja blinzelte über den Platz hin. Da sah sie etwas Weiches in der Luft flattern. Es war ihre Mutter die hoch aufgerichtet im Schlitten sitzend ihr mit dem Taschentuch winkte.

Das junge Mädchen stieß einen Freudenerschrei aus und breitete unwillkürlich ihre Arme aus.

„Komme!“ sagte sie und ergriff die Hand ihrer Freundin. Da stülpte sie plötzlich wie sich eine Hand schwer auf ihre Schulter legte. Erschrocken blickte sie sich um. Hinter ihr und der Freundin stand eine Anzahl Wardenen.

„Kommen Sie, Mütterchen!“ redete sie der Führer der Eskadron, ein Unteroffizier, an.

„Was wollen Sie von mir?“ stieß Sophia Perowskaja erschrocken aus. „Das Gericht hat mich freigesprochen. Lassen Sie mich.“

„Was schert mich das Gericht!“ entgegnete der Soldat barsch. „Ich habe den Befehl, Sie zu verhaften.“

Entsetzt blickte Sophia Perowskaja um sich. Wardenen umgaben sie und die Freundin von allen Seiten. Die Justiz hatte sie freigesprochen die Verwaltung verurteilte sie. Es war ein Akt brutaler polizeilicher Willkür, die den Spruch des Richters illusorisch machte. Die allmächtige dritte Abteilung, die politische Polizei, die sich im Bewußtsein ihrer unbegrenzten Macht über Recht und Gesetz hinwegsetzte, legte ihre Hand auf sie.

Verzweifelt rang sie gegen die Uebermacht. Sie wurde überwältigt und halb ohnmächtig in einen der bereitstehenden Schlitten getragen.

Zweites Kapitel.

Alexander II. und General Mesenzew.

Der mächtigste Mann im Reiche nach dem Zaren war General Mesenzew, der Chef der „dritten Abteilung von Seiner Majestät höchstehender Kanzlei“, zugleich Chef des Gendarmenkorps. Die dritte Abteilung umgab von der Regierungszeit des Kaisers Nikolaus her der Nimbus der Allmacht; ein Schrecken sondergleichen ging von ihr aus und erstreckte sich nicht nur auf das Volk, sondern auch auf die Beamten aller Kategorien und reichte bis in die höchsten Kreise der Aristokratie hinauf. Für die dritte Abteilung bestanden keine Gesetze; sie durchbrach, wenn sie es im Interesse des Staats für nötig hielt, die bestehende Ordnung; sie war feines „Ministerium unterstellt, sondern allein dem Kaiser verantwortlich. Für sie war allein eine besondere, über allen Gesetzen stehende geheime „Instruktion“ maßgebend, die niemand kannte.

General Mesenzew hatte Audienz bei dem Zaren. Alexander II. stand an einem der Fenster seines Arbeitszimmers und hörte mit steigendem Interesse dem Vortrag des Generals zu. Ein Schatten der Verstimmung breitete sich über die freundlichen, wohlgeformten Züge des Kaisers, als der General endlich schwieg.

„Aber was wollen denn die Leute eigentlich von meiner Regierung?“ rief der Zar mit einem Anflug von Ungeduld. „Habe ich ihnen noch nicht genug Freiheit gegeben?“

„Zweifel, Euer Majestät“, bemerkte der Chef der dritten Abteilung.

„Zweifel? Wie meinst Du das, Sergei Gregorowitsch?“ fragte der Kaiser.

„Euer Majestät haben die Leibeigenschaft aufgehoben,

die Körperstrafe abgeschafft, die Militärdienstzeit abgekürzt und die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Euer Majestät haben den Provinzen und Landkreisen die Selbstverwaltung gegeben, haben die Bildungsanstalten jeder Art vervielfacht und den Universitäten Lehrfreiheit eingeräumt. Unter Euer Majestät Regierung hat die periodische Presse anerkanntes Bürgerrecht erworben. Die Zeitungen sind wie die Plätze emporgeschossen. Euer Majestät haben die Geschworenengerichte in Strafsachen und die Mündlichkeit und Offenheit der Verhandlungen eingeführt. Das war zu viel, Euer Majestät. Die Freiheiten, die ihnen Euer Majestät verleiht, haben das Volk übermühtig und begehrt gemacht. Man gefühlt sich in maßlosen Wünschen und Erwartungen und die Wortführer der Missethäter und der Liberalen wagen, von Euer Majestät eine Konstitution, die Errichtung eines Parlaments, zu verlangen.“

Der Kaiser machte eine lebhaftere Bewegung; seine großen blauen Augen leuchteten auf.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischte Nachrichten.

Ein Kompliment für die Sozialdemokratie finden wir in der nationalliberalen Straßburger Post in einer Besprechung über die Stellungnahme der Sozialdemokratie im Reichstage gegenüber der Flottenvorlage. Es heißt hier: „Wir möchten doch auf einen ganz auffallenden Unterschied hinweisen: alles, was von der freisinnigen Volkspartei gegen die Vorlagen der Regierung vorgebracht wird, erhebt sich nicht über die vollendetste Oberflächlichkeit und über die Wiederholung abgestandener Nebenarten. Die Sozialdemokraten, wenn sie schließlich auch aus Partei-Berücksichtigung zu denselben abtönenden Ergebnissen kommen und ihre Stimmen mit denen der freisinnigen Volkspartei vereinigen werden, habe diese Fragen aber doch ganz anders und viel ernster studiert, und ihre Ausführungen sind unendlich viel tiefer.“ — Das erinnert uns an folgendes Gesprächchen. Ein deutscher Fürst soll sich einmal in den Räumen des Reichstags haben herumführen lassen, unter anderem auch in der Bibliothek. Er sah dort eine Anzahl fleißig arbeitender Herren und sprach den Wunsch aus, mit einigen derselben bekannt gemacht zu werden. Als er trotz verlegener Ausflüchte auf seinem Wunsche bestand, wurde ihm endlich gesagt: „Ja, königliche Hoheit, das ist ganz unmöglich, alle die Leute, die hier arbeiten, sind Sozialdemokraten!“ Wenn nicht wahr ist, ist es doch ganz gut erfunden. —

Ein Citat.

Die europäischen Regierungen verbieten den Angriff auf die Landesreligion. Sie selbst aber schicken Missionarien in brahmanische buddhaische Länder, welche die dortigen Religionen eifrig und von Grund aus angreifen — ihrer importierten Plage zu machen. Und dann schreien sie Peter, wenn einmal ein chinesischer Kaiser oder Großmandarin von Tunkin solchen Leuten die Köpfe abschlägt. — (Schopenhauer, Samml. Werke. Brodhause'sche Ausgabe, VI, 424.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Wirksamkeit des Mörtels bei Ziegelmauern besteht darin, daß derselbe in die beiden Steine, die er verbinden soll, eindringt und gleichsam in sie hineinwächst, so daß eine unlöslich starke Verbindung zwischen ihnen erfolgt. Diese Eigenschaften wohnen aber nur den besten Mörtelarten inne, wie solche in neuerer Zeit fast gar nicht mehr verwendet werden, und so kommt es, daß es längere Zeit dauert, ehe der Mörtel eine feste Verbindung zwischen den Mauersteinen bewirkt. So ist es auch leicht erklärlich, daß frisch aufgeführte Mauern, bei denen der Mörtel noch nicht erhärtet ist, bei geringster Anspruchnahme durch äußere Kräfte zu-

sammenstürzen. Dieses Ineinanderwachsen der Mauersteine, welches der Mörtel nicht mehr in so kurzer Zeit und so ausreichendem Maße wie früher besorgt, zu erreichen, ist der Zweck der im In- und Auslande gefühlte geschützten neuen Ziegelsorte, welche sich durch eine ganz besondere Form auszeichnen, erfunden von G. Behrentamp und H. Saltwedel in Hamburg. Das Wesen derselben besteht nämlich nach Mitteilung des Patentbureaus von H. u. W. Pataty in Berlin darin, daß die Steine an der einen Fläche mit einer Anzahl von cylindrischen oder beliebig anders geformten Vorprühlungen ausgerüstet sind, während die entgegengesetzte Seite gleich viele und genau entsprechend angeordnete Vertiefungen besitzt. Beim Aufeinanderlegen der einzelnen Steine greifen nun die Vorprühlungen in die Vertiefungen ein und gewähren so den Steinen einen festen Halt. Es ist keine Frage, daß die neuen Bausteine, falls sie sich in der Praxis bewähren, eine bedeutende Zukunft haben. —

Professor Dr. Walter Kernst, der Leiter des Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie in Göttingen hat eine neue Erfindung in der Beleuchtungstechnik gemacht. Es handelt sich um die Benützung elektrischer Wechselströme für die Beleuchtung und die Herstellung eines neuen Glühlämpers für elektrisches Licht. Es soll gelingen sein, Körper durch den elektrischen Strom zum Glühen zu bringen, welche bisher als Nichtleiter für Elektrizität galten, und sie so zu präparieren, daß sie hohen Temperaturen längere Zeit zu widerstehen vermögen. Das neue Licht soll sowohl das Gasglühlicht als auch die Acetylenlampe an Leuchtkraft übertreffen. —

Im Stadt-Theater zu Jaroslaw (Rußland) stieß der Regisseur aus Eiferjucht einem Schauspieler bei der Probe in dem Augenblick, als dieser sich auf die Bühne begeben wollte, einen Dolch in die Brust und verletzte ihn lebensgefährlich. —

Der Sophist und sein Meister.

Der Viehhändler Gebalje Weigelstock in Schrimm läßt seinen Sohn in Berlin studieren. In den Ferien kommt der Sohn nach Hause. Als man zu einem ruhigen Plauderstündchen gekommen ist, fragt der Vater den Sohn, was er denn eigentlich studiere.

„Philosophie“, antwortet der Sohn.

„Philosophie? Was ist das?“

„Will ich Dir zeigen, was ist Philosophie. Also: Du glaubst, Du bist in Schrimm, nicht wahr?“

„Ja, ich glaub, ich bin in Schrimm“, erklärte der Vater.

„Will ich Dir beweisen mit mein' Philosophie, daß Du bist nicht in Schrimm.“

„Manu?“

„Also: Wenn Du bist in Schrimm, dann bist Du doch nicht in Krotoschin, wie?“

„Nein, denn bin ich nicht in Krotoschin.“

„Wenn Du bist nicht in Krotoschin, dann bist Du doch anderswo, wie?“

„Ja richtig.“

„Nu, wenn Du bist anderswo, dann bist Du doch nicht in Schrimm, wie?“

„Ja richtig, is richtig“, murmelt der Vater und verfällt in Nachdenken. Mit einem Male haut er seinem Sohne eine fürchterliche Ohrfeige herunter.

„Manu?“ ruft dieser erstaunt, „warum schlagst Du mich?“

„Schlagst?“ fragt der Vater ebenso erstaunt. „Ich hob Dich nicht geschlagen.“

„Du hast mich nicht geschlagen?“

„Ich hob Dich nicht geschlagen.“

„Aber gewiß hast Du mich geschlagen!“

„Ich hob Dich nicht geschlagen. Will ich Dir beweisen mit Dein' Philosophie: Wenn Du bist in Schrimm und ich bin anderswo — wie kann ich Dich denn schlagen?“

(Jugend.)

Buchhandlung Volksstimme

(Inhaber Bernhard Harbaum).

Geöffnet Wochentags von vormittags 8 Uhr bis abends 8 Uhr, Sonntags von 11—2 Uhr vormittags.

Slomkes Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler.

Wissenswertes

über ca. 1000 Städte Deutschlands, Oesterreichs u. der Schweiz.

900 Kilometer-Tabellen. — Uebersichtskarte.

Preis 1.60 Mark.

Sieben erschienen:

Nicht stehendes Heer

sondern Volkswehr.

Von August Bebel. — Preis 40 Pfg.

Neu eingetroffen:

Die Jesuitenfrage

Von Lütgenau. — Preis 40 Pfg.

Stadtesamt.

Magdeburg, 16. Februar.

Aufgebote: Arbeiter Heinrich Rudolph mit Emilie Große hier. Wöbdeckergehilfe Paul Garbe mit Frieda Fischer hier. Arbeiter Wilhelm Koch mit Henriette Moritz hier. Feig- und Wiedschmied Gustav Wetzmann mit Marie Müller, geb. Jantons hier. Hotelier Oskar Albert Robert Leber mit Olga Wilmine Karoline Parje in Stendal. Arbeiter Joh. Friedrich Lange in Budau mit Hermine Ida Buchel in Niegrüpp. Verkäufer Robert Feinmann hier mit Elise Buchholz in Neustadt. Kaufmann Karl Heier mit Martha Zimmeder hier. Geschickliche: Maurer Eduard Voigt mit Christiane Häfner hier. Arbeiter Karl Günther mit Bertha Frowel, geb. Grafenstien, hier.

Geburten: Gertrud, T. des Schlossers May Diebrecht, Margarete, T. des Sattl. Karl Andreas, Lucie, T. des Gastwirts Albert Sander, Paul, S. des Arbeiters Theodor Wege, Paul, S. des Bergbauers Alfred Scholz, Hermann, S. des Vorarb. Hermann Seyfert, Hedwig, T. des Bierfahrers Karl Eichmann, Franziska, T. des Drechslers Franz Pauli, Martin, S. des Königl. techn. Eisenb.-Sekt. Emanuel Konke, Rudolf, S. des prakt. Arztes Dr. med. Max Geride, Ernst, S. des Arbeit. Rudolf Altberger.

Todesfälle: Ruije, geb. Kalbreiter, Witwe des Dachdeckers Wilhelm Strichfeld, 81 J. 2 M. 11 T. Gertrud, T. des Schuhmachers Alois Scholz, 5 M. Bruno Voigt, Wädemerster, 33 J. 8 M. 19 T.

Subenburg, 16. Februar.

Aufgebote: Schlosser Richard Gust. Max Frey in Dorfmann mit Auguste Piotrowska hier. Schlosser Julius Karl Beyer mit Emilie Wedler hier. Geschickliche: Arbeiter Valentin Engelhardt mit Hedwig Schlütter hier. Geburten: Karl, S. des Arb. Joh.

gen. Schwa. Margarete, T. des Tapeziers Gustav Spandau, Willy, S. des Arb. Otto Beinroth, Marie, T. des Arb. Martin Mantel, Hedwig u. Walter, Zwillingkinder des Schneiders Aug. Großheimig, Gertrud, T. des Arb. Johannes Meinhardt, Karl, S. des Schmieds Karl Thomas, Franz, unehelich, Minna, T. des Formers Otto Naaf, Erna Elisabeth Anna, unehelich, Martha, T. des Form. Friedr. Kabloff, Elisabeth, T. des Bäckermeisters Fern. Walthäuser.

Todesfälle: Frieda Elsa, unehelich, 5 T. Friz Christoph, unehelich, 3 M. 7 T. Gustav Eggert, Schmied, 51 J. 27 T. Erna, T. des Arbeiters Wilhelm Tamash, 7 M. 5 T. Erna, T. des Kaufmanns Walter Buch, 1 M. 27. Robert Leuschner, Verfich.-Oberbeamter a. D., 72 J. 4 M. 4 T. Elsa, T. des Schlossers Heinrich Henniges, 2 M. 7 T.

Buckau, 16. Februar.

Geburt: Charlotte, T. des Kesselsch. Karl Rogland. Todesfälle: Elisabeth geb. Matthias, Witwe des Arb. Friedrich Kersten, 83 J. 7 M. 7 T. Wilhelm, S. des Schlossers Wilhelm Grashoff, 10 St. Bruno, S. des Eisendrechers Paul Walthier, 2 M. 17 T.

Neustadt, 16. Februar.

Aufgebote: Kaufmann Heinrich Kob. Adolf Ehrhardt in Hannover mit Marie Pauline Klara Hubert. Arb. Friedrich August Garj mit Witwe Kathé, Minna Anna Hedwig geb. Kühne. Geburten: Karl, S. des Handschuhmachers Adolf Weber, Robert, S. des Bahnarbeiters Otto Jaencke, Georg, S. des Feuerwehm. Albert Geride, Walter, S. des Schmieds Franz Kippe, Adolf, S. des Arb. Wilh. Friz, Ottilie Marie Emann, unehelich. Todesfälle: Elisabeth, T. des Schloss. Wilhelm Pirke, 16 T. Meta Elsa Minna, unehel., 6 M. 10 T. Hedwig, T. des

Schenswürdigkeiten.

Buchhandlung der Volksstimme, Br Weg 127. Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr. Sonntags 11—2 Uhr nachmittags geöffnet.

Der Dom unentgeltlich geöffnet in der Zeit von 1. Mai bis 15. September früh 9 bis 10 Uhr, sonntags stets in der Zeit zwischen dem Vormittags-gottesdienst der Civil- und Militär-gemeinde. Zu allen anderen Zeiten Meldung beim Küster, Gebühr 50 Pfg.

Grünsonne Gewächshäuser in Friedrich Wilhelms-Gärten: Geöffnet von morgens 9 Uhr bis nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit. Eintritt Montags 1 M., an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. An Sonntagen geöffnet von vormittags 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. An jedem ersten Sonntag im Monat ist der Eintritt frei, sonst vormittags 30 Pfg., nachmittags 10 Pfg.

Heinrichshofensche Kunst-Ausstellung. Eintritt frei.

Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11—2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11—3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Mathies Kunstsalon. Geöffnet Wochentags 8—7 Uhr. Eintritt frei.

Gemälde-Ausstellung, Ulrichstraße (neben dem Magdeburger Hof). Geöffnet von früh 10 bis abends 9 Uhr. Preis 20 Pfg.

Panorama Magdeburg, Kaiser Wilhelm-Platz.